

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit Illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1903 unter Nr. 8203.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Beklagt für die sechsgepaltenen Annon-
 cen oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (für das erste Wort frei). Insetze für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 27. März 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Russische Gegenleistung.

Ein Beitrag zur Lehre von den internationalen Beziehungen aus Anlaß der jüngsten Reichstags-Verhandlungen.

„Die russische Regierung hat den Wunsch ausgesprochen, daß es ihr ermöglicht werde, das Thun und Treiben der russischen Anarchisten in Deutschland zu überwachen, und wir haben ihr gerne gestattet, daß sie sich in dieser Beziehung informiert. Wir stehen damit nicht vereinzelt da; auch in Paris überwacht die russische Polizei das Treiben der Anarchisten“ — so der Staatssekretär Freiherr von Richtigosen im deutschen Reichstage am Donnerstag, den 19. März 1903.

Es liegt der hohen Polizei ob, alles zu beaufsichtigen und zu überwachen, und aus den Eröffnungen des Herrn Staatssekretärs erfahren wir, daß diese Behörde auch das überwacht, was in der Wirklichkeit gar nicht existiert. Denn es ist über allen Zweifel erhaben, daß eine Art Menschen, welche man mit dem Namen „russische Anarchisten“ belegen könnte, überhaupt gar nicht vorhanden ist. Es sei denn, daß die internationale Polizei sich große Mühe giebt mit der Überwachung des höchsten Peter Krapotkin in London und des Grafen Leo Tolstoj in Jasnaja Poljana. Diese Männer sind die einzigen nennenswerten russischen Anarchisten, welche die hohe Polizei aufreiben und der staunenden Welt vorführen könnte, wenn man sie, die Polizei, im Ernste um Beweise angehen würde. Sollte aber die Polizei die Urheber der russischen politischen Attentate unter den „Anarchisten“ suchen, so müßte jeder Sachkundige dies für eine grenzenlose — Rauberei erklären. Ein Polizist, der eine solche Unkenntnis der in das Gebiet seines Berufes gehörenden Thatsachen an den Tag legen würde, müßte von seinem Chef sofort fortgeschickt werden. In der letzten Zeit hat das „Bureau Kasan“ die sensationelle Nachricht von einem großen Anarchisten-Komplot in Rußland in die weite Welt geschickt. Es ist nicht das erste Mal, daß dieses amerikanische Bureau, offenbar von seinen in Rußland wirkenden Agenten direkt und absichtlich irreführend, lägenhafte und verwirrende Mitteilungen aus Rußland bringt, welche ihren Ursprung als russische Polizeimache selbst verraten. Man schämt eben von dieser Seite immer und immer „russische Anarchisten“ vor, um unter diesem Titel etwas ganz Andres zu überwachen, bezw. vor der öffentlichen Meinung bloßzustellen.

In Summa: 1. Es giebt keine russischen Anarchisten, die zu überwachen wären; 2. es ist völlig sinnlos, die für den russischen Absolutismus im Sinne der politischen Gewalttätige „gefährlichen“ Leute unter den Anarchisten zu suchen.

Ich verlaufe aber dieses Thema, welches aus einem ganz andern Gesichtspunkte schon einmal im „Vorwärts“ von einem russischen Juristen behandelt worden ist (Vergleiche „Vorwärts“ vom 18. Juni 1902), um eine ganz andre und für alle Deutschen ohne Unterschied der Parteilichkeit vielleicht interessantere Frage aufzuwerfen und zu beleuchten: existiert in Sachen der Polizei-Aufsicht eine Art Gegenseitigkeit, oder was erhalten die westeuropäischen Regierungen als Gegenwert für die „liberale“ Duldung der russischen Spitzelkolonien und für die denselben zur Verfügung stehenden „Informationen“? Jedem ich zur Verantwortung dieses interessanten Punktes übergehe, muß ich den Lesern mitteilen, daß ich, ohne auch im entferntesten ein Spiritist oder Okkultist zu sein, sie in eine Art Geheimwissenschaft einführen muß. In Rußland existiert nämlich zweifaches Recht: das veröffentlichte oder verkündete Recht und das geheime Recht. Der Umfang und die Tragweite des letzteren ist größer als es allgemein geglaubt wird. Und in dem geheimen russischen Polizeirecht finden wir die Antwort auf die oben aufgeworfene Frage: Was erhalten die fremden Staaten als Gegenwert für die Duldung und Begünstigung der russischen Spitzelkolonien? Nach dem geltenden geheimen russischen Polizeirecht, welches in höchst vertraulichen Circularen des Polizeidepartements niedergelegt ist, sind sowohl „die Militär- und Konsularagenten“ der fremden Staaten, als auch alle des russische Gebiet betretenden Ausländer einer beständigen Polizei-Aufsicht unterworfen. Diese beständige Polizei-Aufsicht ist somit eine „Institution“ des russischen Polizeirechts, welche eine Dienstpflicht seitens der kompetenten Polizeibehörden einschließt.

Die Geschichte dieser Institution ist folgende: Anfang der 80er Jahre trat bei dem sogenannten „Hauptstabe“ eine besondere Konferenz aus Vertretern der Ministerien des Innern, des Aeußern, der Finanzen und des Krieges, des Generalstabes und des Gendarmecorps zusammen zur Beratung der Frage über die Bekämpfung der Spionage in Rußland. Diese Konferenz hat verschiedene Maßregeln zur Bekämpfung der Spionage beschlossen und zum Schluß sich dahin ausgesprochen, daß alle diese Maßregeln „nur in dem Falle von einigen Nutzen sein werden“, wenn jene schon von uns berührte „beständige Polizei-Aufsicht“ über die Militär- und Konsularagenten der fremden Staaten und alle Ausländer überhaupt eingeführt werden wird. Dieser Beschluß der erwähnten „besonderen Konferenz“ wurde vom Minister des Innern (durch das Polizeidepartement) laut Circular Nr. 1901 vom 5. Juli 1882* und laut Circular Nr. 2020 vom 20. September 1882 den Gouverneuren und den Chefs der Gouvernements- und Gendarmereiverwaltungen der Gouvernements Besarabien, Bessarabien, Bessarabien, Kiew, Kowno, Grodno, Wilna, Wladimir, Witebsk, Liefland, Kurland, sämtlicher (10) Gouvernements des Generalgouvernements Warschau, des Gouvernements St. Petersburg, Estland, Mohilew, Smolensk, Estland, Tschernow, Laurien, dem Militärgouverneur von Nikolajew.

den Stadthauptkassen von Taganrog, Kerisch, Sebastopol und Odessa und den Gendarmereichefs auf Eisenbahnen und in den Grenzpunkten „zur Ergreifung der nötigen Maßnahmen“ mitgeteilt. Seit 1882 ist also — wie bereits gesagt — die „beständige Polizei-Aufsicht“ über „Militär- und Konsularagenten“ und alle Staatsangehörigen fremder Staaten eine stehende Institution des russischen geheimen Polizeirechts und diese Institution ist die einzige Gegenleistung, welche die westeuropäischen Staaten für ihre Polizeigefährlichkeiten von Seiten der russischen Regierung erhalten. Das Circular des Ministers des Innern vom 5. Juli 1882 (Nr. 1881) findet sich im Wortlaut abgedruckt in der auf Befehl des Stabes des Gendarmecorps gedruckten „kurzen systematischen Zusammenfassung der geltenden Gesetze und Circularverfügungen in Bezug auf die Pflichten der Beamten der Gouvernements-Gendarmereiverwaltungen“ etc., verfaßt von Rittmeister (jetzt Oberstleutnant) Dobrjakoff, Vorstand der juristischen Sektion des Stabes des besonderen Gendarmecorps“ (2. Auflage St. Petersburg 1897, mit einer Ergänzung aus dem Jahre 1900), S. 23—27. Diese geheime „Zusammenfassung“ ist der Katechismus der russischen Polizei und lauten — wie im Wortlaut ausdrücklich gesagt ist — „sich nur in den Händen der Beamten des Gendarmecorps befinden“, ist deshalb auch für die Beamten der allgemeinen Polizei unzugänglich.

Die von mir oben quellenmäßig festgestellte Thatsache fordert zu gewissen Betrachtungen heraus. Da jeder Staat das Recht hat, sich gegen fremde Spionage zu schützen, ist selbstverständlich; daß dabei diejenigen Organe, welchen die Bekämpfung der Spionage obliegt, sich mitunter auch mit dem Treiben der Militär- und Konsular-Agenten zu befassen haben, ist auch nicht ausgeschlossen. Daß aber eine Regierung — ganz einerlei, ob offen oder geheim — in Rußland und Vogen im Wege eines gedruckten und einem gedruckten „Vertrages“ einverleibten Rundschreibens die „Militär- und Konsular-Agenten“ fremder Staaten und alle sein Gebiet betretenden Ausländer einer „ständigen Polizei-Aufsicht“ unterwirft, ist eine Ungehörlichkeit vom Standpunkte des internationalen Rechts und der internationalen Moral. Und es muß betont werden, das Wesentlichste ist hier nicht die tatsächliche oder mögliche Verletzung der Objekte dieser Polizei-Aufsicht, sondern eben die moralische Ungehörlichkeit, die jedem sittlich normalen Menschen ohne weiteres verständliche Niederträchtigkeit solcher Handlungsweise oder vielmehr der ihr zu Grunde liegenden Regierungsmaximen.“

Ich kenne allerdings noch eine größere Niederträchtigkeit. Der russische Polizeistaat hat es fertig gebracht, auch die eigene Armee unter die Polizei-Aufsicht des Gendarmecorps zu stellen! (Circular des Polizeidepartements vom 21. Mai 1887, Nr. 1348, l. a. S. 18).

„Es ist ja bekannt, daß in Rußland nicht solche Institutionen bestehen wie in Deutschland“ — sagte Herr v. Richtigosen am 19. März im deutschen Reichstage. Es ist dies ganz guttunend und berechtigt zu der Hoffnung, daß die Duldung und Begünstigung der russischen Spitzelkolonien, als dem sittlichen und rechtlichen Bewußtsein des deutschen Volkes widersprechend, aus den „Institutionen“ der deutschen Staaten verschwinden wird. Was dies aber geschehen ist, hielt ich es für meine Pflicht als russischer Patriot, die deutsche und überhaupt die westeuropäische öffentliche Meinung darüber aufzuklären, was jener Leistung auf dem Gebiete der Polizei-Aufsicht auf russischer Seite als Gegenleistung entspricht.

Ein russischer Patriot.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. März.

Wahltermin.

Zur Meldung der „Nordd. Allgem. Ztg.“, welche wissen wollte, daß

„dem Vernehmen nach voraussichtlich der Termin für die Reichstagswahlen auf den 16. Juni festgesetzt werden wird“.

geht uns aus absolut sicherer Quelle die Nachricht zu, daß die Behörden bereits am Donnerstag aus dem Ministerium Anweisung erhalten haben, die Wählerlisten aufzustellen. Nach Anordnung des Ministers sind die Wählerlisten bis Ostern fertig zu halten, damit die öffentliche Auslegung unmittelbar nach Ostern erfolgen kann.

Hiernach ist es trotz der unbestimmten, zur Verwirrung und Irreführung geeigneten Notiz der „Nordd. Allgem. Ztg.“ durchaus nicht ausgeschlossen, daß die Wahlen bereits im Mai stattfinden, auch die Stichwahlen vor Pfingsten beendet sind. —

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus nahm am Donnerstag in dritter Lesung den Gesetzentwurf betreffend die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen an die unmittelbaren Staatsbeamten und in erster und zweiter Lesung den Gesetzentwurf über die Landestruer an. Zu dieser Vorlage, die bestimmt, daß beim Ableben des Königs, der Königin oder

*) Es ist vielleicht nicht überflüssig festzustellen, daß das (geheime) russische Statut über die geheime Polizei-Aufsicht, welches ebenfalls aus dem Jahre 1882 datiert, zwischen der generellen „Polizei-Aufsicht“ und der von Fall zu Fall auf bestimmte Individuen hin zu verhängenden „Polizeiüberwachung“ ausdrücklich unterscheidet. In unserem Falle handelt es sich aber um „beständige Polizei-Aufsicht“.

einer verwitweten Königin öffentliche Lustbarkeiten nicht mehr wie bisher, auf 8, sondern auf 4 Tage unterlagt werden sollen, beantragten die Freisinnigen eine Abänderung dahin, daß nur am Sterbe- und am Beisetzungsstage die Lustbarkeiten einzustellen sind. Das Haus lehnte aber, um, wie Abg. Schall (L.) sich ausdrückte, das Decorum zu wahren, den Antrag ab.

Den Rest der Sitzung füllte die erste Lesung der Sekundärbahn-Vorlage aus. Wie alljährlich, so verlangte auch diesmal jeder Redner für seinen Wahlkreis eine besondere Bahn; im übrigen wurden die alten Klagen über angebliche Benachteiligung des Ostens und über Verzögerungen beim Bahnbau vorgebracht. Die Konservativen liegen auch bei dieser Gelegenheit ihrer Abneigung gegen Tarifherabsetzungen durch den Abg. Grafen Limburg-Stirum Ausdruck verleihen. Die Eisenbahnen sind nach ihrer Ansicht in erster Linie eine Einnahmequelle für den Staat und nur nebenbei ein Verkehrsinstitut.

Am Freitag wird die Beratung fortgesetzt. Vorher steht die erste Lesung der Verstaatlichungs-Vorlagen auf der Tagesordnung.

Der konservative Delegiertentag.

Ueber die streng geschlossene Gesellschaft, die sich „Delegiertentag der konservativen Partei“ nennt, beginnt nun die „Konservative Korrespondenz“ einige Mitteilungen zu machen.

Die Eröffnungsrede des Parteivorstehenden Herrn v. Ranteuffel war ein Schlachtgesang wider die Socialdemokratie:

Die Socialdemokratie bereite einen mächtigen Ansturm vor; die Regierung aber begegne dieser Partei nicht mit der nötigen Energie. Den Konservativen sei es in erster Linie zu verdanken gewesen, daß die Krisisprobe der Socialdemokratie im Reichstage zurückgewiesen wurde; man hätte deshalb erwarten können, die Regierung werde auf dem geschaffenen gemeinsamen Boden mit den Konservativen den Kampf gegen die Socialdemokratie und deren Helfershelfer aufnehmen. Was sei aber geschehen? Die Antwort der Regierung sei ein Entgegenkommen an die Linke gewesen. Es sei die Verheißung des „Klosetgesetzes“ und das bekannte Revirement erfolgt, dessen politischer Charakter hauptsächlich in der Provinz Hannover hervortrete.

Herr v. Ranteuffel gesteht mit diesen Reueheringen zu, daß die provokatorischen Rechtsbrüche und Gewaltthaten der Nordd. Leute beim Jollampf bezweckten, zu weiteren staatsstreicherischen Exzessen Stimmung zu machen. Daß die Regierung der Grafen Palow und Pofadomsky als Begünstiger der Socialdemokratie denunziert werden, ist freilich sehr lächerlich. Tollends ist es unverständlich, was das „Revirement“ — gemeint ist der Regierungspräsidenten-Schub — mit der Socialdemokratie zu thun hat. Oder sind etwa die neuen Regierungspräsidenten Insultärler. Der Kerger über das „Klosetgesetz“ bricht auch hier hervor; die Konservativen fürchten offenbar sehr lebhaft, daß sie die Fälschung und Vergevaltung des Wahlrechts nicht so bequem betreiben können wie bisher.

Ueber „Organisation und Wahlen“ referierte Herr v. Loebe, der glücklich aus dem Reichstage hinausgeworfen, in Ausführungen „absolut vertraulichen Charakters“. Es wird dem auch über den Inhalt nichts verraten. Vermutlich hat man Mittelchen angegeben, wie man trotz des Klosetgesetzes die Wähler „beeinflussen“ könne. Als Wahsparose gab Herr v. Loebe unter Beifall „mächtigsten Umfangs“ den Bedarf aus: Der Kampf gegen die Socialdemokratie sei ein Kampf des Glaubens gegen den Unglauben. Sicherlich ein Kampf des Glaubens an den 7 1/2 Mark-Holl, der Ausbeutung aller Art und Knechtschaft jeder Form, des Glaubens an das Gottesgnadenrecht des Junkertums gegen den Unglauben an die Herrlichkeit der bestehenden Gesellschaftsordnung und ihrer Vertreter.

Ueber die allgemeine politische Lage sprach hierauf Graf Limburg-Stirum. Von Interesse sind nur die folgenden Ausführungen des alten Kanalarbellen:

Der Herr Referent kam hierauf auf die preussischen Finanzen und die Kanalfrage zu sprechen. Dabei erörterte er die Stellung der Beamten zur konservativen Partei und zur Regierung und erntete brausenden Beifall, als er denjenigen Beamten Dank und Anerkennung aussprach, welche wegen ihres parlamentarischen Botmas bei der Kanalvorlage gemäßigert worden waren. Die Frage, wie dem Volke die Religion zu erhalten sei, beantwortete Herr Graf zu Limburg-Stirum mit dem Hinweis auf die Fürsorge für die Kirche und Erhaltung der konfessionellen Volksschule. Das Verhältnis der Konservativen zu den übrigen Parteien freiste die Vorlesende nur mit kurzen Worten. Unversöhnlichkeit gegen die Socialdemokratie und ihre Helfershelfer und deshalb Prüfung der freisinnigen Kandidaten über deren Stellung zur Socialdemokratie, Einvernehmen mit den übrigen Parteien insbesondere auch mit dem Centrum, mit welchem die Konservativen in christlicher und wirtschaftlicher Hinsicht zahlreiche Berührungspunkte hätten.

In diesen Sätzen ist das Karickell der Brotwucherer — mit Einschluß der Freisinnigen um Richter — als wahrhaftiger Grundfah mit aller Schärfe hingestellt. Nachdem dann Herr v. Dürantowski die Ostmarkenpolitik erörtert und Herr v. Ziemant gegenüber dem Grafen Limburg vor Konzessionen an den Liberalismus, diese „Vorfrucht der Socialdemokratie“ gewarnt, sprach Graf Limburg-Sorquitten über die „Wirtschaftspolitik“. Auch er sang das Klageged von der Schwäche der Regierung:

Ein Jollay von 7 1/2 Mark für Getreide, wie ihn der Bund der Landwirte gefordert habe, wäre verhängnisvoll und nicht aufrecht zu halten gewesen. Dagegen sei es sehr bedauerlich, daß der früher von der Regierung bereits zugestanden 6 Mark-Holl nicht bewilligt worden sei. Jetzt aber handle es sich darum, so rasch wie möglich aus den Caprivischen Handels-

*) Die Daten beziehen sich auf den sogenannten alten Stil.

bertragen herauszukommen und daher dieselben zu kündigen. Nach dem Kampfe gegen die Opposition hätten die Dinge für die Konservativen sehr günstig gelegen. Der Kampf schien erleichtert, die Stellung der Opposition erschwert. Diese günstige Situation aber sei durch die Faltung der Regierung erschüttert worden. Um so notwendiger sei, daß die Konservativen geschlossen und einmütig bleiben. Die Landwirte sollten bedenken, daß der neue Postarat nur das Instrument bilde, um zu besseren Handelsverträgen zu gelangen. Sie sollten also alle Retrimination wegen der Abstimmung über den Antrag von Kardorff vermeiden. Hierauf wendete sich Herr Graf von Mirbach gegen die Hebernahme im verarbeiteten Mandate. Der Wähler habe das Recht, den Kandidaten über seine Stellung zu befragen, aber nicht dieses, ein imperatives Mandat zu erteilen. Die konservative Partei könne sich das von keiner Seite gefallen lassen.

Die letzte Bemerkung richtet sich gegen die bündlerische Verpflichtung auf den 7 1/2 Mark. Die Debatte, an der auch die Bündler wie Dr. Vertel teilnahmen, stand aber durchaus unter der Stimmung der Einigkeit der Wortwähler verschiedener Grades.

Ueber „Arbeiterfürsorge und Mittelstand“ verbreitete sich noch in „sehr vorgerückter Stunde“ der Reichstag v. Richthofen-Merkisch. Dieser Edel wüthet keine einseitige Reform nur im Interesse der Lohnarbeiter, sondern „für alle wirtschaftlich Schwachen nach Maßgabe der christlichen Lebensanschauung“. Wie diese christliche Lebensanschauung aussieht, geht aus folgendem hervor:

Ein sozialpolitisches Wettrennen, wie kürzlich im Reichstages Centrum, Freisinnige und Nationalliberale mit den Sozialdemokraten unternommen, könnten die Konservativen nicht mitmachen. Es sei doch auch zu fragen, ob es möglich sei, dem Auslande gegenüber noch stärkere Kosten ferner zu tragen. Jetzt sei es die höchste Zeit zu überlegen, wie etwas für den Mittelstand geschehen könne. Die Regierung habe dafür anscheinend nicht das nötige Verständnis. Der Referent charakterisierte zugleich in scharfer Weise die unverständliche milde Haltung der Regierung gegenüber der Socialdemokratie. Mit vollen Segeln wollen wir in der Socialpolitik weiterfahren, aber nicht ins Uferlose hinaus und nicht in die Einseitigkeit hinein.

Eine schöne christliche Weltanschauung, die in dem bishigen Socialreform der bürgerlichen Parteien schon ein „Wettrennen“ schauernd erblickt, mit einer sonst in Junkerkreisen nicht üblichen Abneigung gegen Wettrennen.

Die angenommene Resolution zur Wirtschaftspolitik fordert u. a. baldigste Kündigung der Handelsverträge, eine „Reisbegünstigung nicht ohne vollkommen gleichwertige Gegenleistungen“, weitestgehenden Schutz für die Landwirtschaft und keine Schwächung der Vorkriegsgesetzgebung.

Die Resolution über „Arbeiterfürsorge und Mittelstand“ lautet: I. Die konservative Partei treibt nicht Socialpolitik, um die Gunst der Wählermassen zu erlangen, und macht nicht unerfüllbare Versprechungen, wohl aber will sie die unerschütterlichen Grundsätze des Christentums und deren Bethätigung in der Gesetzgebung zur Geltung gebracht sehen.

II. Die Fürsorge für die wirtschaftlich Schwachen, welche durch die allerhöchste Botschaft Kaiser Wilhelms I. vom 17. November 1881 eingeleitet ist, hat sich nicht nur auf die Arbeiter, für welche durch Arbeiterchutz- und Versicherungsgesetze inzwischen bereits Bedeutendes erreicht worden ist, zu erstrecken.

Der Mittelstand in Stadt und Land (Handwerker, Kleingewerbe, Kleiner und mittlerer Grundbesitz u.), von dessen Weibden die Erhaltung des Vaterlandes abhängig ist, erscheint auf das höchste gefährdet und ist zum Teil unter die wirtschaftliche Lage von Lohnarbeitern herabgesunken.

Die für den Mittelstand unabwendbaren Maßnahmen sind nicht länger hinauszuschieben.

III. Daneben erstreckt die konservative Partei:

1. die weitere Ausgestaltung des Arbeiterschutzes, namentlich mit Bezug auf die Arbeit der Frauen und Kinder, soweit Gesundheit und Familienleben gefährdet erscheinen, 2. die Verbesserungen der Arbeiterversicherungs-Gesetze, wobei dem Plan einer Witwen- und Waisenversicherung ernstlich näher zu treten ist.

IV. Der konservativen Partei würde das freudige Eintreten für die Arbeiterfürsorge wesentlich erleichtert werden, wenn die Regierung im Reich und in den Einzelstaaten sich ausnahmslos entschließen müßten:

1. für die Erhaltung und Förderung des Mittelstandes,
2. für einen besseren Schutz der nationalen Produktion,
3. gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der jede göttliche und menschliche Autorität untergrabenden Volksverführer zielbewußt und energisch vorzugehen.

Sonach ist der geheimnisvolle konservative Delegiertentag nichts wie ein Junkerkomplot zur Erzielung höherer Hölle und Anhebung des sozialdemokratisch gereizten Volkes. Die Mittelstandsretterei ist nur heuchlerischer Aupny — des Wahlfanges wegen. Am bemerkenswertesten ist die deutsche Kartellierung, die selbst Eugen Richter liebevoll umfängt. —

Deutsches Reich.

Wahlvorbereitungen.

Aus Sachsen.

Kandidatennat. Im 6. sächsischen Kreise (Dresden-Land), 10 meldet die „D. Z.“, hat der Landtags-Abgeordnete Dekonomierat Andrae, Landesvorsitzender des Bundes der Landwirte für das Königreich Sachsen, aus Gesundheitsrücksichten die Kandidatur abgelehnt.

Nun haben sämtliche drei Dresdener Wahlkreise keine „Ordnungs“-Kandidaten. In allen drei Kreisen haben die bereits aufgestellten wieder verzichtet. O des Käsejammers schon lange vor den Wahlen!

Am 20. sächsischen Reichstags-Wahlkreise, dessen Abgeordneter jetzt Genosse Rosenow ist, kandidiert der Scharfmacher Jenke, der frühere Leiter der Krupp'schen Werke, für das Kartell. In Berlin-Lungen will der Herr nicht zum Volke herabsteigen. Wo er spricht, wird von vornherein vorgekaut, daß Socialdemokraten ihm nicht entgegenzutreten können. Dofist soll auf die Wähler ein möglichst harter Druck ausgeübt werden. Auf seine Anweisung hin sollen in jedem Ort des Kreises sogenannte Wahlkomitees in Stärke von 12 bis 15 Personen gebildet werden. In je 8 bis 10 Häusern soll ein Komiteemitglied die Agitation betreiben und besonders am Wahltag die säumigen Wähler auf die Weine für Herrn Jenke bringen. Meistens sind die Gemeindevorstände mit der Bildung der Komitees beauftragt worden.

Kein Zweifel, Herr Jenke läßt sich die Sache etwas kosten! Aber die Energie und der Opfermut unserer Genossen wird auch mit Krupp-Männern fertig werden!

Am 22. sächsischen Reichstagswahlkreise wollen die vereinigten bürgerlichen Parteien mit dem Grafen Hoensbroech als Kandidaten ihren bisherigen Kandidaten Franz Hofmann verdrängen. Aber auch die Freisinnigen stellen noch einen eignen Kandidaten auf. Die Parteigenossen Eugen Richters haben die Zustimmung abgegeben, daß sie den Socialdemokraten bei einer etwa notwendig werdenden Stichwahl jede Unterstützung versagen werden!

Es ist zum Lachen! Graf Hoensbroech, der sich noch vor kurzem in einer Zuchrist an den „Vorwärts“ fast demokratisch ausspricht, läßt sich von den Leuten kandidieren, die das gleiche Wahlrecht in Sachsen geschlagen haben und den Wortwähler vertreten. Neugierig bleibt Renegat! Warum geht der Mann nicht gleich wieder zu den Jesuiten?

Die arme Bevölkerung des sächsischen Voglandes wird sich nicht durch einen Charlatan narren lassen. Sie hält ihrem braven Franz Hofmann Treue!

Dabei wird diese Bevölkerung auch freisinniger Hilfe entbehren können. Was aber würde aus dem mageren Häuflein um Richter, wenn die Socialdemokratie ihm in den Stichwahlen jede Unterstützung versagte! —

Socialdemokratische Kandidaturen in Württemberg.

Die „Schwab. Tagwacht“ veröffentlicht die vollständige Liste der socialdemokratischen Kandidaturen in Württemberg:

1. Wahlkreis, Stuttgart-Stadt und Amt: Karl Hildenbrand, Landtags-Abgeordneter in Stuttgart.
2. Cannstatt-Ludwigsburg-Madach-Waldingen: Leonhard Lauscher, Landtags-Abgeordneter in Stuttgart.
3. Besigheim-Bradenheim-Deilbronn-Redarjum: Gustav Ritter, Gemeinderat in Deilbronn.
4. Wöblingen-Leonberg-Maulbronn-Waldingen: Karl Sperla, Gemeinderat in Stuttgart.
5. Eßlingen-Rüchheim-Nürtingen-Urach: Louis Schlegel, Galwirth in Eßlingen.
6. Reutlingen-Mödingen-Weißlingen: Friedrich Herrmann, Expedient in Stuttgart.
7. Gaildorf-Herrenberg-Ragold-Neuenbürg: Karl Oster, Goldarbeiter in Stuttgart.
8. Freudenstadt-Horb-Oberndorf-Sulz: Wilhelm Kowald, Schriftsteller in Stuttgart.
9. Balingen-Rottweil-Spachingen-Zuffingen: Hermann Matutat, Arbeitersekretär in Stuttgart.
10. Gmünd-Göppingen-Schorndorf-Weilheim: Dr. G. Lindemann, Schriftsteller in Degerloch.
11. Badnang-Gall-Dehringen-Weinsberg: Karl Krüger, Schreiner in Gall.
12. Crailsheim-Geraudern-Künigsau-Neigenheim: Friedrich Fischer, Buchhändler in Stuttgart.
13. Aalen-Eßlingen-Gaildorf-Keresheim: Albert Rudolph, Redakteur in Stuttgart.
14. Geislingen-Heidenheim-Ulm: Ad. Dietrich, Gemeinderat in Stuttgart.
15. Maulbronn-Eßlingen-Laupheim-Rüdingen: Georg Freymar, Schreiner in Geislingen.
16. Biberach-Reutlingen-Weinsberg: Friedrich Göhring, Maler in Ulm.
17. Ravensburg-Niedlingen-Saulgau-Zettmang: Friedrich Göhring, Maler in Ulm.
18. Hohenzollern: Paul Bloning, Bildhauer in Reutlingen.

Der Handelsvertrags-Verein.

Der Ausschuss des Handelsvertrags-Vereins erläßt ein Wahlcircular, in dem es heißt:

„Die Neuwahlen zum Reichstage stehen vor der Thür. Mit ihnen fällt die Entscheidung darüber, ob die Politik langfristiger Handelsverträge fortgesetzt wird oder eine Periode der wachsenden gegenseitigen Absperrung und der Zollkriege eintritt. Mehr als jemals haben Industrie, Handel und Verleghesgewerbe jetzt ein vitales Interesse daran, daß Männer in den Reichstag gewählt werden, deren unbedingt handelsvertragsfreundliche Gesinnung über jeden Zweifel erhaben ist. Angesichts der verhängnisvollen Entwicklung unserer wirtschaftlichen Lage kommt es gegenwärtig weniger darauf an, welcher Partei die Wahl der zu wählende Kandidat angehört, als vor allem darauf, daß Männer in das Parlament gelangen, welche nach Berufstellung und Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse Gewähr dafür bieten, daß sie mit aller Entschiedenheit für Fortführung der segensreichen Politik langfristiger Handelsverträge eintreten. Aus diesem Grunde steht auch der Handelsvertrags-Verein seine nächste und dringendste Aufgabe darin, diesem Ziele alle seine Kräfte zu widmen.“

Das Circular schließt mit dem Ersuchen um Geldspenden zur Wahlvorbereitung.

Sum bum!

Schweinsburg trompetet in den „V. P. A.“ zum Zusammenschluß gegen die Socialdemokratie. Er erzählt, wie wohlgerüstet die Socialdemokratie dasfehe, während die bürgerlichen Parteien noch vielfach unter einander streiten. Das muß anders werden:

„Die gemeinsame Bekämpfung dieses gemeinsamen Gegners muß die vornehmste Aufgabe aller bürgerlichen Parteien sein. Noch ist es Zeit, manches Versäumnis nachzuholen, aber es ist auch hohe Zeit, daß die bürgerlichen Parteien sich der Gemeinsamkeit ihrer Interessen an der Bekämpfung der Socialdemokratie erinnern und demzufolge statt ihrer Kräfte in gegenseitiger Bekämpfung zu erschöpfen, sie in erster Linie gegen den gemeinsamen Feind, der zugleich der Feind unserer Gesellschaftsordnung und des deutschen nationalen Staatswesens sowie der Monarchie ist, wenden.“

Mit solcherlei Dum-bum-Phrasen wird man den geistigen Kampf gegen die Socialdemokratie führen. Sachliches hat man nicht, was bleibt den Armen im Geiste an Salizien übrig, als von Vaterlandslosigkeit, Feindschaft gegen Monarchie und bestehende Gesellschaftsordnung zu posamen? —

„Parteilose“ Wahlvorbereitung.

Sehr amüßant bereitet der über den Parteien in der reinen Höhe der Geschäftsbesessenheit thronende „Lokal-Anzeiger“ die Wahlen vor:

„Nachdem der Termin für die nächsten Reichstagswahlen halbamtlich bekannt gegeben worden ist, tritt die bisher nur langsam in Fluß gekommene Wahlbewegung in ein akutes Stadium. Die Parteien haben dringende Veranlassung, ihre Wahlvorbereitungen zu beenden, damit sie in geschlossener Phalanx ihre Ziele verfolgen können. Jedermann weiß, daß der Wahlkampf diesmal ganz besonders heiß entbrennen wird, und daß hohe Einsätze in Frage stehen. Für einzelne Parteien handelt es sich um Sein und Nichtsein. Das deutsche Volk selbst hat ein unmittelbares Interesse daran, daß der nationale Gedanke durch das Wahlgetriebe nichts von seinem Inhalt einbüßt. Die vaterländische Wohlthat muß für jeden Wähler der Leitstern seiner Anschließungen, für die Parteien der Hebel ihrer Taktik sein. Es wäre eine Wohlthat für unser Volk, wenn sich die Wahlbewegung in normalen Bahnen hielte.“

Also die ganze Wahlphilosophie des trefflichen „Lokal-Anzeigers“: er geht alsbald weiter zu einer Betrachtung irgend welcher Auslandsereignisse.

Das Geschäft muß für jedermann der Leitstern seiner Anschließungen sein! August Scherl über den Jinnen der Parteien! —

Dankend abgesehen. Da die Vereinigten Staaten immer noch nicht den Besuch des Prinzen Heinrich erwidert haben, wurde von deutscher Seite solch ein Besuch in feierlicher Form angeregt. Aber die Amerikaner sind harthörig. Ein offizielles Telegramm meldet aus Washington!

Der Deutsche Kaiser hatte dem Präsidenten Roosevelt mitteilen lassen, daß das atlantische Geschwader der Vereinigten Staaten auf dessen beabsichtigter Fahrt nach Europa auch in Kiel willkommen sei. Infolge der Abänderung des Reiseplans für das Geschwader hat sich Präsident Roosevelt gezwungen gesehen, die Einladung abzulehnen unter dem Vorwande, daß das Geschwader keinen Hafen des europäischen Festlandes anlaufen werde.

In sehr komischer Weise verhielt ein Wilkow-Offiziosus diesen neuen Erfolg unsrer Politik des Liebesworbens zu erläutern. Der Mann entwindet sich diese Wortfolge:

Als hier bekannt wurde, daß ein amerikanisches Geschwader wahrscheinlich Europa besuchen werde, ließ Kaiser Wilhelm dem Präsidenten Roosevelt mitteilen: Wenn ein amerikanisches Geschwader nach Europa käme, würde es auch in Kiel willkommen sein. Präsident Roosevelt hat diese Mitteilung des Kaisers mit großer Freude und Genugthuung aufgenommen. Inzwischen ist aber aus schiffstechnischen Gründen für dieses Jahr der Europabesuch des amerikanischen Geschwaders ausgefallen worden. Ein Zusammenhang zwischen der Mitteilung Kaiser Wilhelms an den Präsidenten der Vereinigten Staaten und der Aufgabe der Europafahrt des nordatlantischen Geschwaders besteht nicht. Deshalb ist die in ihrer Tendenz ohne weiteres durchsichtige Darstellung, Präsident Roosevelt habe eine Einladung Kaiser Wilhelms zum Besuche des amerikanischen Geschwaders in Kiel abgelehnt, thatsächlich falsch. Ebenso wie der deutsche ist auch den andern bei dieser Angelegenheit interessierten Regierungen von dem Washingtoner Kabinett mitgeteilt worden, daß das nordatlantische Geschwader den europäischen Kontinent nirgends berühren werde.

Aus dem Wilkow-Offiziosen ins Deutsche und Vernünftige übersetzt, heißt das: Ehe die Vereinigten Staaten Schiffe nach Kiel schicken, verzichten sie lieber „aus schiffstechnischen Gründen“ — was bei der Winterszeit Gesundheitsrücksichten sind — auf die ganze Europafahrt. Wenn verzichtet wird, daß auch die andern europäischen Häfen nicht angefahren werden, so verbreitet der Offiziosus über die wichtigste Frage völliges Dunkel: Ob denn irgend eine andere Regierung die Schiffe eingeladen hat.

Die Regierung des Grafen Wilow will keine Politik der Intervention. Hat sie kein Gefühl dafür, daß diese Politik unerbittlicher Liebeswürdigkeiten eine besonders unangenehme Spielart der Intervention darstellt? —

Professor Kraus und das Reichskanzler-Amt lautet die Spitzmarie, unter welcher das „Basler Volksblatt“ neuerdings die 12 000 Mark-Donierung bespricht. Das Dementi der „Nordd. Allg. Ztg.“ erscheint dem babilischen Gewährsmann des Schweizer Blattes als eine Bestätigung dreier Behauptungen: einmal für die finanzielle Nothilfe des Großherzogs, sodann für eine Donierung der „Spektator“-Briefe aus interessierter staatsliker Stelle (Kultusbehörde) mit 12 000 M. und endlich von einer Reise-Anterstützung des Hofrathes Kraus aus dem Reichskanzler-Amt, wofür letztere Summe zurückgefordert, aber schließlich der Erbin belassen wurde. Dem „Vorwärts“ wäre durch die Vermengung der beiden letzten Fälle ein Jertum unterlaufen; sein qui pro quo habe den Offiziosen das Dementi sehr leicht gemacht; diese konnten, led brausfödemmentieren und sich in der Pose des unwillig oder böshast verleumdenden politischen Diebennames zeigen. Um nicht zu fernem Mißverständnis Anlaß zu geben, erklärt das schweizerische Blatt:

„Diese 12 000 M. vom Jahre 1901, über die, wie wir gesehen, schon völlig Klarheit geschaffen war, bildeten nicht den Fragepunkt zwischen der interpellierenden Presse und dem Reichskanzler-Amt; dieser liegt vielmehr in dem Honorar für die „publizistischen Privatarbeiten“, die „Spektator“-Briefe.“

Es handelte sich, wie aus den bisherigen Hinweisen der Centrumpresse hervorgeht, um eine Subvention früheren Datums, nicht um die Zahlung von 1901; über jene Verwendung, durch welche dem Verlage der „Münchener Allgemeinen Zeitung“ das Honorar für die „Spektator“-Briefe erpart worden sei, schweige sich die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine“ vollständig aus; das Eingehen auf diese meist verlässliche Version mußte der Offiziosen näher liegen als das Sichverstecken hinter einem Redaktionsverheer. Dieses Schweigen über den eigentlichen Fragepunkt müsse gedeutet werden als eine Bestätigung des Sachverhalts, wie er von der Centrumpresse konstatirt worden ist.

Der „Vorwärts“ bleibt nach wie vor bei der Ansicht, daß es eine Pflicht der Reichsregierung ist, sich gegenüber den Behauptungen des „Basler Volksblattes“, das wiederum von der deutschen Centrumpresse citirt wird, vor aller Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Vielleicht sorgt das Centrum im Reichstages für eine dahingehende Interpellation. —

Intriguen am Hof. Zur Versekung des früheren Regierungspräsidenten v. Brandenstein aus Hannover nach Magdeburg, infolge deren der Betroffene dann auf sein Amt überhaupt verzichtete, hatte die Hannoverische „Allg. Ztg.“ mitgeteilt, der Fall v. Brandenstein sei verursacht worden durch eine höfliche Intrigue, indem der Regierungspräsident an einflussreicher Stelle als — Trunkenbold angezeigt wurde. Offizielle Blätter bestritten dies. Aber das Hannoverische Blatt beharrt auf seinen Eröffnungen und fügt jetzt die charakteristische Mitteilung hinzu, daß die Urheber der Intriguen fest überzeugt waren, Herr v. Brandenstein würde unter den Angriffen zusammenbrechen, wie seiner Zeit Krupp.“

Vielleicht plaudert das konservative Blatt, das einiges zu wissen scheint, gelegentlich etwas mehr von den Intriguen, unter denen Krupp zusammengebrochen ist! —

Die Zisterthaler Weber und der Abgeordnete Bebel. Wie erinnerlich, hatten der freisinnige Abgeordnete Crüger und der „Vote aus dem Riefengebirge“ die Angaben Bebel's über die Löhne in der Weberei, der Erdmannsdorfer Aktien-Gesellschaft angezweifelt und die Lage der Arbeiter als nicht so traurig geschildert. Als Antwort auf diese freisinnige Arbeiterfreundlichkeit fand am Sonntag in Schmiedeburg im Riefengebirge eine Gewerkschafts-Versammlung statt, welche von den Arbeitern aus der oben genannten Fabrik sehr zahlreich besucht war. Nach dem Referat des Genossen Löbe und einer ausgedehnten Debatte fand eine Resolution Annahme, die folgenden Sach enthält: „Sodann spricht die Versammlung dem Abgeordneten Bebel ihren Dank aus für die berechtigte Kritik der Löhne in der Erdmannsdorfer Weberei.“ Der Redakteur des „Vote“, welcher zur Versammlung eingeladen war, zog es vor, nicht zu erscheinen. Er wußte, daß es schlecht stand um seine Sache. In der Versammlung waren Weber anwesend, die schon mehr als zwanzig Jahre in der oben genannten Fabrik arbeiten. Die Angaben Bebel's über die Löhne wurden als absolut wahr und richtig nachgewiesen. Umso größer ist unter den Beteiligten die Erbitterung über die freisinnige Handlungsweise. Diese Partei hat sich hier vor den Wahlen eine ungläubliche Blöße gegeben.

Aus Rendsburg wird über „weitere Opfer der Kotefferei“ gemeldet: Der Rittmeister Seiffert vom hiesigen Trainbataillon wurde plötzlich zur Disposition gestellt und als Bezirksoffizier nach Bremen versetzt. Es ist dies allerdings kein weiterführendes Ereignis, aber es circulirt das Gerücht, daß diese Versetzung mit dem seiner Zeit hier und in ganz Deutschland kuffischen erregenden Fall Grosser in Verbindung steht. Rittmeister Seiffert war Chef der Compagnie, bei der die Schandthaten passierten. Auch wird behauptet, daß mit dem Unteroffizier Braun nicht mehr kapituliert wird; dieser war Zeuge jenes Vorganges, unterließ es aber, die Sache zu melden. —

Die Krankenversicherungs-Novelle in der Kommission.

Am Donnerstag wurde die erste Lesung der Novelle in der Kommission beendet. Es wurden die noch ausstehenden Vorschläge der Regierungsvorlage unverändert angenommen, alle andern Anträge wurden abgelehnt. Von den letzteren sind besonders die von socialdemokratischer Seite und die der Ärzte- und Apothekensfrage betreffenden hervorzuheben. Die von socialdemokratischer Seite gestellten Anträge bezweckten ein Teil Erleichterung der Centralisierung (durch Ausdehnung der Centralisierungsmöglichkeit über den Bezirk einer Aufsichtsbehörde (§ 46), durch Erhöhung der Minimalzahl der Betriebs-Krankenkassen von 50 auf 500 und durch Streichung der Möglichkeit geschlossene Orts-Krankenkassen der Gemeinde-Krankenversicherung zuzuwenden). Ein anderer Antrag wollte auch die Arbeitgeber der Zimmungs-Krankenkassen den Nachteilen der §§ 49, 50 und 73 unterstellen. Er wurde mit 7 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Abgelehnt wurde auch der Antrag, die Krankenfürsorge in der Seemannsordnung von 3 Monaten auf 20 Wochen auszudehnen.

Zur Arzt- und Apothekenfrage waren von drei Seiten Anträge gestellt. Der freikonservative Abg. Camp verlangte, daß die Verträge über die Annahme und die Entlassung von Ärzten sowie die Lieferung von Medicamenten der Zustimmung der Arbeitgeber bedürfen solle. Sein Antrag wurde von keiner Seite befürwortet und wurde einmütig abgelehnt. (Herr Camp war unterdessen verschwand.) Nicht viel besser erging es einem Antrag des freisinnigen Abg. Hofmann-Hall. Hofmann's Antrag verlangte einen neuen dahingehenden Paragraphen:

„Die Behandlung von erkrankten Mitgliedern darf nur durch die in den deutschen Bundesstaaten approbirten Aerzte stattfinden, welche auch allein berechtigt sind, die Erwerbunfähigkeit eines Mitglieds zu bezeugen. Statt des zur Zeit noch sehr verbreiteten Zwangsarztsystems ist die freie Arztwahl einzuführen (im Sinne der Beschlüsse des Arztetages in Berlin, 7. März 1903). Der Abschluß

über Honorierung der Ärzte erfolgt an größeren Orten in der Regel durch gemeinschaftlichen Vertrag zwischen der ärztlichen Einigungskommission und den Kassenebeamten. Als Grundlage für ärztliche Entlohnung sind im allgemeinen als Minimalhöhe die Einnahmen der Kassenebeamten, Personen mit über 2000 M. Gesamteinkommen dürfen nicht Kassenebeamte sein.

Dieser technisch und inhaltlich einzig dastehende „freimüthiger“ Versuch einer Beschränkung der Selbstverwaltung und Beschränkung einer Krankenversicherung wurde von Köfide, Dessau, Hofmann-Dillenburg, Stadthagen, Jubel und einigen Regierungsvertretern beleuchtet und ebenfalls einstimmig abgelehnt. Der nationalliberale Abg. Hofmann (Dillenburg) hatte folgenden Antrag eingebracht:

„Verträge der Krankenkassen und Krankenkassen-Verbände auf ausschließliche Behandlung ihrer Mitglieder durch Kassenzurzte, sowie Verträge auf ausschließliche Lieferung von Arzneimitteln und andern Bedürfnissen der Krankenpflege bedürfen der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde. Die Genehmigung darf unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Krankenkasse oder des Verbandes nur verweigert werden, wenn die Verträge die Befähigung einer nicht sachgemäßen Behandlung der Krankenkassen-Mitglieder begründen. Vor der Befugnis sind der Vorstand der Krankenkasse oder des Verbandes und Vertreter der Ärzte oder Apotheker aus dem Bezirk der Krankenkasse oder des Verbandes zu hören. Der Bescheid ist mit schriftlichen Gründen zu versehen.“

Die Abg. Köfide, Stadthagen, Jubel wendeten sich dagegen, daß man die Verträge bei Gelegenheit dieser Novelle regeln wolle. Das Krankenversicherungs-Gesetz sei kein Gesetz zur Regelung der finanziellen Verhältnisse der Ärzte. Wichtigere als die Behauptung, die Krankenversicherung verleihe eine Kostlage von Ärzten sei die: der Mangel einer allgemeinen Versicherung sei hieran schuld. Liege es im Interesse der Allgemeinheit ärztliche Hilfe zu haben, so sei es auch Sache der Allgemeinheit, des Reichs, für hinreichend besoldete Ärzte durch Verstaatlichung des Arztgewerbes zu sorgen. Die Kosten sollten der Staatskasse zufallen. Staatssekretär v. Posadowsky warnt vor der Befugnis der Novelle mit dieser Frage. Auch der württembergische Regierungsvertreter Präsident v. Schiller legt dar, daß die vorgeschlagenen Wege weder den Ärzten noch den Kassen helfen würden. Abg. Endemann ist der Ansicht die Sache sei noch nicht ipso facto. Der ultramontane Abgeordnete Trimborn hofft, daß ein Einigungsamt sich errichten lasse, um beiden Interessen zu genügen. Bei der Abstimmung wird der Antrag des Abg. Hofmann-Dillenburg gegen seine Stimme abgelehnt. Nachdem die Centrumsabgeordneten den Antrag Spahn (Ausdehnung der Versicherung auf 26 Wochen auch für die fakultative Versicherung der Landarbeiter) hatten fallen lassen, gelangte eine Reihe Resolutionen zur Abstimmung.

Ein Antrag Köfide auf Ausdehnung der Versicherung auf die landwirtschaftlichen Arbeiter, das Gewerbe, die Handlungsgehilfen und die Hausindustriellen wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten abgelehnt. Abgelehnt wurde ferner ein Antrag des freimüthigen Abgeordneten Hofmann (Halle) auf baldmöglichste Vorlegung eines Gesetzesentwurfs zum Zweck einer eingehenden, gründlichen Revision der gesamten deutschen Medizinal-Gesetzgebung und Schaffung eines einheitlichen Reichs-Medizinal-Gesetzes. Angenommen hingegen wurde gegen die Stimmen der Socialdemokraten folgende Resolution Trimborn und Genossen: „Dem Reichstage die Annahme einer Resolution zu empfehlen, welche dahin geht: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, 1. dem Reichstage thunlichst bald, wenn möglich in der nächsten Session, einen Gesetzentwurf zum Zweck einer eingehenden und gründlichen Reform des Krankenversicherungs-Gesetzes vorzulegen; 2. in Vorbereitung dieser Vorlage, wie den Vorkänden der Krankenkassen, so auch den Vertretern des Arztstandes Gelegenheit zur Geltendmachung ihrer Anschauungen und Wünsche zu geben und diesen, soweit möglich, gerecht zu werden; 3. insbesondere in eine Erwägung darüber einzutreten, ob sich nicht die Bildung von ständigen Kommissionen je aus gewählten Vertretern der Krankenkassen-Vorkände und der Ärzte (sowie der Apotheker) unter einem neutralen Vorsitzenden (Doktor) empfiehlt, welchen die Regelung der ärztlichen Behandlung nebst Festlegung eines Tarifes der Honorierung sowie die Entscheidung bezüglich Streitigkeiten obliegt, — mit der Maßgabe, daß alle Ärzte, welche sich dieser Regelung unterstellen, als Kassenzurzte und Apotheker im Sinne des § 6a Ziffer 6 gelten.“

Die zweite Lesung in der Kommission findet am Freitag statt.

Ausland.

Eine Debatte über Macedonien.

London, 24. März. (Fig. Ber.) Mr. James Bryce, der schottische Gelehrte und radikale Abgeordnete für Aberdeen, verlangte gestern vor der Regierung nähere Auskunft über die Lage in Macedonien. Er sagte: „Man muß sich vor Augen halten, daß Artikel 23 des Berliner Vertrages den europäischen Provinzen der Türkei gewisse Reformen garantiert hat. Ein Reformplan wurde von einer Kommission entworfen, es ist aber nichts geschehen, um diesen Plan zu verwirklichen. Englands Verantwortlichkeit für eine gute Regierung in jenen Provinzen ist besonders groß, da der Vertrag von San Stefano, der beinahe ganz Macedonien an Bulgarien geben wollte, durch das Zutreten Englands beseitigt und durch den Berliner Vertrag ersetzt wurde. Die Nachrichten über die ungeheure Mißverwaltung in jenen Provinzen wurden durch das kürzlich veröffentlichte Glaubuch bestätigt. Die Lage der dortigen Bevölkerung ist so schlecht als nur möglich. Es entstanden deshalb revolutionäre Vandalen, die dort beinahe unabhängig schalten und walten und eine Art Kleinkrieg gegen die Türken führen. Diese Zustände werden noch verschlimmert durch die räuberischen Streifzüge der benachbarten Albaner, die beim Sultan in hoher Gunst stehen und deshalb dem Arme der Gerechtigkeit entgehen. Sogar der Eisenbahnbau ist vor ihnen nicht sicher. Chaos und Elend herrschen in Macedonien, die aber von der unfähigen, schwachen und korrupten türkischen Regierung nicht befreit werden können. . . . Soweit ich sehen kann, ist durch das russisch-österreichische Eingreifen bis jetzt gar nichts geschehen, außer die Auswahl eines Generalinspektors. Die Lage ist gefährlich. Es kann dort eine Insurrektion ausbrechen, die eine militärische Einmischung Russlands und Deutschlands nötig machen wird. Sie kann auch einen Brand entfachen, der weit über die Grenzen Macedoniens hinausgreifen wird. Es ist deshalb von großer Wichtigkeit, daß sofort Maßregeln ergriffen werden, um eine prompte Durchführung der von den Vätern vorgeschlagenen Reformen sicher zu stellen. Ich frage nun, was hat die Regierung getan, um den Abbruch einer Insurrektion zu verhindern? . . . Die Antwort Lord Cranborne, des Unterstaatssekretärs des Aussen, zeigt, daß unterdrückt und um ihre Befreiung ringende Völker nichts, absolut nichts von England zu erwarten haben. Cranborne sagte: „Mr. Bryce hat in seiner Schilderung der Lage in Macedonien nicht übertrieben. Und die Zustände in Albanien sind noch schlimmer.“ Anstatt aber in unabweisbarer Weise die türkische Regierung aufzufordern, mit den Reformen ernst zu machen, zählte er die Gewaltthaten auf, die die Insurgenten sich zu Schulden kommen ließen, und warnte gegen eine Erweckung des Fanatismus der Türken. Er versprach, ein neues Glaubuch über die macedonische Frage zu veröffentlichen.“

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 26. März. (A. Z.) Die „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht einen Geheimvertrag des Kriegsministers, und zwar gegen die sozialistische und radikale nationale Propaganda in der Armee. Im Erlaß werden die Kommandos aller Truppenkörper darauf aufmerksam gemacht, daß Flugblätter mexicanischen Inhalts in den Kasernen eingeschmuggelt werden, daß versucht wurde, durch eigens hierzu bestimmte Emisäre die Agitation unter den Soldaten durchzuführen, daß die antimilitärische Bewegung

Besonders auf die zur Dienstleistung wieder einberufenen Reservisten gerichtet sei. Diese Agitationen erschienen planmäßig organisiert zu sein. Den Kommandanten wird die größte Aufmerksamkeit und Wachsamkeit und die Anwendung der schärfsten Maßregeln zur Pflicht gemacht. —

Frankreich.

Paris, 26. März. Deputiertenkammer. In der heutigen Nachmittagssitzung wird über das Genehmigungsgefecht der Kartäuser-Mönche beraten, welche durch eine königliche Verfügung vom Jahre 1816 eine Verechtigung zur Niederlassung erhalten haben. Der Ministerpräsident weist nach, daß die Kartäuser niemals anerkannt worden seien.

Auf Anregung des Deputierten d'Estoumelle hat sich eine neue parlamentarische Gruppe gebildet: die Gruppe für internationales Schiedsgerichtswesen. Die neue Vereinigung zählt schon mehr als 100 Mitglieder aus allen Parteien. —

Belgien.

Eine erregte Kammer Sitzung war die vom 24. d. M. Der Justizminister van den Heuvel antwortete auf die Interpellation Crombez über die Kongregationen. Seit dem französischen Gesetz gegen die Lebensgesellschaften macht sich, wie wir kürzlich des näheren dargelegt haben, eine starke Einwanderung von Ordensgeistlichen nach Belgien bemerkbar. Die Eingewanderten füllen die Klöster und gründen neue Niederlassungen, wo sie unter dem Vorzeichen, Wohlthätigkeits-Institute für Arme zu schaffen, zum Teil die größte Ausbeutung betreiben. Sind doch unter anderem auch die Brüder vom „Guten Hirten“, deren Verurteilung kürzlich in Nancy erfolgte, in großer Zahl eingewandert. Diese Thatsachen veranlaßten die Interpellation. Der Justizminister antwortete, daß gegen die Religionsgesellschaften nichts unternommen werden dürfe. Die Fremden müßten in Belgien ein Kilo finden, und es dürfe auch kein Unterschied gemacht werden in der Behandlung von Geistlichen und Laien. Die Linke antwortete ihm, daß die Regierung wohl Unterschiede mache an der Behandlung der Fremden, man erinnerte an die Ausweisung von Victor Hugo, von Tom Man und verschiedener anderer Sozialisten. Crombez (Liberaler) verlas einige Stellen aus einem Katechismus, den der Bischof von Namur zum Verfasser hat und in welchem die Laienschulen als verderblich und demoralisierend hingestellt werden; in dem Katechismus heißt es ferner, daß der Liberalismus die Familie zerstöre, die Vergnügungssucht und den Alkoholismus fördere usw. Es kam zu erregten Szenen; die sozialistischen Deputierten Hector Denis und Vanderveelde verlangten die Vertagung der Debatte, da vier liberale Redner hintereinander zum Wort gekommen seien. Nach langen Debatten wurde die Vertagung beschloffen. —

Norwegen.

Jollerhöhungsvorschläge. Nachdem die Schweiz, Oesterreich-Ungarn und Russland dem deutschen Beispiel gefolgt sind und sich neue Zolltarife zugelegt haben, schließt sich nun auch Norwegen an, sein „Nützzeug“ auszufastieren, und zwar richten sich, wie bei den oben genannten Ländern, auch hier die vorgeschlagenen Jollerhöhungen besonders gegen die Einfuhr aus dem deutschen Zollgebiet. Die Zollkommission des Storting schlägt nämlich u. a. Jollerhöhungen auf folgende Waren vor: Seidene Handtücher von 10 auf 12 Kronen (1 Krone = 1,12 M.) pro Kilo, halbbreite Handtücher von 6 auf 8 Kronen pro Kilo, fülligeförmige Pianinos von 100 auf 105 Kronen das Stück, tafelförmige oder aufrechtstehende Pianinos von 80 auf 90 Kronen das Stück; für Werkzeuge für den handwerksmäßigen oder Fabrikgebrauch, mit oder ohne Griff (jezt zollfrei) einen 5-prozentigen Werzoll, Nägel und Stifte unter 45 Millimeter Länge und Säuhstifte 10 Dore das Kilo, Hufeisenmägel und andre Nägel 3 Dore pro Kilo, für eiserne Werkzeuge eine Erhöhung von 5 auf 10 Dore pro Kilo. Eine Mehrheit von 6 Mitgliedern schlägt einen Cementzoll von 50 Dore (jezt 20 Dore) für 100 Kilo vor. Eine andre Mehrheit beantragt für goldene Uhren einen Zoll von 5 und für silberne einen solchen von 2 Kronen für das Stück. Endlich soll der Zoll auf Galoschen von 80 Dore auf 1 Krone für das Kilo erhöht werden. —

England.

Die irische Agrarfrage.

London, 24. März. (Fig. Ber.) Letzte Freitag fand in Fernmanagh (Ulster) eine parlamentarische Wahl statt, die durch den Rücktritt des bisherigen konservativen Vertreters nötig geworden war. Es standen sich zwei konservative Kandidaten gegenüber: Mitchell und Craig, aber der erstere verlangte auch den Ausfall der irischen Grundbesitzer. Die Wahl endigte mit dem Siege Mitchells. — Es wird allgemein erwartet, daß die Regierung ihre Landbill in den nächsten Tagen, vielleicht schon morgen, einbringen wird. Die Hoffnungen Jlands sind viel zu groß, um sie durch eine Bill nicht zu enttäuschen, die auch die finanzielle Belastung Großbritanniens in Erwägung ziehen muß. Dies ist thatsächlich die Hauptfrage. Denn je größer der Beitrag Großbritanniens, desto leichter werden sich die Kaufbedingungen für die irischen Farmer stellen. —

Ein sensationeller Selbstmord in der englischen Armee. Wie schon gestern kurz gemeldet wurde, hat sich General Hector Macdonald, der Befehlshaber der Truppen auf Ceylon, am Mittwochnachmittag in einem Hotel in Paris erschossen. Der General, welcher sich großer Popularität erfreute, weil er vom Gemeinen bis zum Generalissimo durch seine persönlichen Tüchtigkeit avanciert war, war schwerer Sittlichkeitsverbrechen bezichtigt. Außerdem sollte er wegen Vorenthaltens unter Anklage gestellt werden. Der Tod trat unmittelbar ein. Auf dem Welt, worin man die Leiche fand, lagen zwei Photographien. Die Angelegenheit sollte vor einem Kriegsgericht abgeurteilt werden, zu dessen Zusammensetzung Offiziere aus Indien berufen worden waren. —

Amerika.

Das Ende einer Rücktritts-Komödie. Aus Caracas wird gemeldet: In seiner Botschaft an den Kongress erklärt Castro, er habe geglaubt, daß sein Rücktritt im Interesse des Friedens der Republik erforderlich sei, er beuge sich aber vor dem Wunsch des Kongresses, daß er die Präsidentschaft beibehalten solle. Er unterwerfe sich seinen Pflichten von neuem, aber nur, bis dem Volke der Frieden wiedergegeben und die Ordnung wiederhergestellt sei. Er glaube im Gegensatz zu der Ansicht der Senatoren und Abgeordneten, daß sein Rücktritt notwendig sei, er hoffe aber, daß die Zukunft ihnen recht gebe. —

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

11. Sitzung vom Donnerstag, den 26. März, nachmittags 5 Uhr.
Der Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung nach 1/9 Uhr.
Zu die gemischte Deputation zur Vorbereitung der Wahlen für den Bezirksausschuß entsendet die Versammlung zehn Mitglieder, darunter u. a. die Stadtvv. Ewald und Tolkendorff.
Die Frage der

Vermehrung der Schulärzte

ist in einem besonderen Ausfuch insolge des Antrages Augustin und der Magistratsvorlage, welche die Zahl derselben von 10 auf 30 erhöhen will, in drei Sitzungen eingehend beraten worden. Der Antrag Augustin vom 13. November 1902 verlangte für jede der bestehenden 263 Gemeindefschulen einen Schularzt. Die Beratung des Antrages wurde zurückgestellt, da eine Magistratsvorlage angekündigt war. Diese lief Ende Januar ein, sie wies jeden der 30 Schulärzte acht Schulen zu und sah eine Dotation von 2000 Mark jährlich für jeden Arzt vor. Die Ausfuchverhandlungen haben sich auch auf den Bericht über die Thätigkeit der Schulärzte in der Zeit von Juni 1900 bis Juni 1902 und auf die neue Dienstausweisung für die Schulärzte erstreckt. Der Antrag Augustin wurde gegen 2 Stimmen abgelehnt,

dagegen die Vermehrung der Zahl der Schulärzte auf 30 (drei für jede der 12 Schulinspektionen) a 2000 M. beschloffen und die folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, größte Sorge zu tragen, daß die Aemter des Armenarztes und des Schularztes in der Regel nicht in einer Person verbunden seien.

Die Dienstausweisung ist, da die Vertreter der socialdemokratischen Fraktion ihre Anträge als ausfuchlos zurückzogen, nicht beanstandet worden, doch soll der Magistrat ersucht werden, auch eine Befähigung der Mundhöhlen der Schulkruten vorzuschreiben, damit auch der Zustand der Zähne beachtet werde. Seine Anträge waren darauf gerichtet, daß die Neuaufzunehmenden vor Beginn der Schule untersucht sein müßten (nach der Anweisung muß die Untersuchung sechs Wochen nach Semesteranfang beendet sein) und daß alle vierzehn Tage die Schulen regelmäßig besucht werden sollten (statt „mindestens zweimal halbjährlich“). Verichteratter ist der Stadtv. Ulrich.

Von den Stadtvv. Augustin und Genossen ist der ursprüngliche Antrag wieder aufgenommen worden; desgleichen liegen auch die Anträge zur Dienstausweisung dem Plenum wieder vor. Eventuell ist beantragt, für je zwei Schulen einen Schularzt anzustellen.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Gelegentlich der ersten Lesung ist die Vermutung ausgesprochen worden, der Schöpfer der Vorlage habe vielleicht die Absicht gehabt, die ganze Einrichtung zu diskreditieren, weil die Aufgabe, welche den Schulärzten zugemutet wird, eine geradezu ungenügende sei. Wir haben keine Veranlassung, dem Magistrat Beweggründe unterzuschreiben, die nicht gehöhrt werden; aber die Thatsache muß doch festgemacht werden, daß abgesehen von den antirendenden Ärzten, alle übrigen Ärzte gegen die Vorlage ebenso wie gegen die Ausfuchanträge ihr Wort abgeben. Hier haben die Ärzte nicht als Vertreter besonderer Standesinteressen sich erklärt, sondern als Sachverständige und Gutachter, und sie können verlangen, daß ihre Ansichten gebührend geprüft werden. Die Interessen der Ärzte stimmen hier überein mit den Interessen der allgemeinen Wohlfahrt und der schulfachmännischen Fortschritt. Diese Interessen decken sich mit unsern Anträgen, die wir wieder eingebracht haben. Magistrat und Mehrheit sollten doch nicht erst abwarten, bis die Erfahrungen uns über die Unzulänglichkeit der Einrichtung belehren. Statt 30 Ärzte sollen wir ja 36 bekommen, aber ein großer Unterschied ist das doch wahrhaftig nicht. Der Magistrat fürchtete, die Einrichtung würde der einheitlichen Leitung entbehren, wenn jede Schule einen Arzt besäme. Das halte ich nicht für richtig. Der Gewerkschaftenverein zählt 150 Ärzte, welche unter selbstgewählter Leitung arbeiten; der Verein der freigewählten Kassenzurzte ist 1500 stark, arbeitet unter einheitlicher Leitung und giebt prompt die Verbindung zwischen einer Menge von Krankenkassen. Die bisherigen Ärzte, hieß es weiter, würden gewissermaßen herabgesetzt, wenn für jede Schule ein Arzt bestellt würde. Herabgesetzt werden diese doch eher durch die Vorlage; sie sollen jetzt 7 Schulen für 2000 M. bearbeiten, bisher belamen sie 1000 M. für zwei Schulen, sie erhalten also das doppelte Geld, aber eine Verdrei- oder Vierfachung der Arbeit. Der Vergleich des Oberbürgermeisters zwischen Schulinspektoren und Schulärzten war auch recht wenig glücklich. Wir wünschen nun die Unterfuchung der Schulkruten schon beendet vor Beginn der Schule. Von der Beendigung sechs Wochen nach Beginn des Semesters können wir uns keinen Erfolg versprechen; wir denken dabei an die Möglichkeit, daß Tuberkulose und andre ansteckende Krankheiten gar nicht gehörig erkannt werden. Welche Verwirrung läme auch vielleicht in die Einrichtungen der Häuslichkeit, wenn die Kranken Kinder noch sechs Wochen in der Schule verbleiben, die Schulbücher schon gekauft sind und dann plötzlich die Unmöglichkeit der Kinder festgesetzt wird! Wenn die Magistratsvertreter meinen, das, was wir verlangen, ginge mit 30 und 36 Ärzten nicht, so ist das für uns nur ein Grund mehr, uns gegen diese Zahl zu wenden. Nach dem bewährten Wiesbadener System verlangen wir ferner, daß die Kinder regelmäßig in vierzehntägigen Zwischenräumen unterfucht werden sollen und die Raumlichkeiten der Schulen desgleichen. Die Dienstausweisung besagt ausdrücklich, daß bei diesen Besuchen die Kinder bezüglich ihres Gesundheitszustandes zu begutachten sind und eventuelle Ueberwachungscheine ausgefüllt werden sollen. 66 Proz. aller Kinder sind ja Ueberwachungsbedürftig; was hätte also ein zweimal halbjährlicher Besuch für einen Zweck? Für Veröffentlichungen soll der Chef der Einrichtung erst um Erlaubnis angegangen werden; aber erkennlicherweise stellte Herr Gerstenberg den Bericht auf diese Forderung schon früher in Aussicht. Wir verlangen schließlich auch, daß die Kinder vom sechsten bis vierzehnten Jahre regelmäßig ärztlich beobachtet werden, um im Kampf gegen die Tuberkulose als Volkskrankheit die tuberkulösen Schulkinder ausmerzen zu können; endlich verlangen wir die Unterfuchung der Schulkinder bei der Entlassung darauf, ob sie zu dem Beruf geeignet sind, zu dem man sie bestimmt hat. Die vorgeschlagene Resolution weist erfreulicherweise die dreiste Zumutung der Armenärzte zurück, welche in einer Eingabe behaupteten, die hundert Armenärzte wären auch die tauglichsten Schulärzte. Das hätte gerade noch gefehlt, die Armenarzfrage mit der Schularzfrage zu verquiden! Bei Ablehnung unserer Anträge werden wir für den Ausfuchantrag stimmen, obgleich er zunächst nur den Schein einer schulärztlichen Pflege für die Schulkinder erweckt. Aber wir wollen auch nicht die ganze Sache ins Wasser fallen lassen. Für uns kam die heutige Lösung aber immer nur eine vorübergehende sein; die Einrichtung muß umfassend ausgebaut werden. Wir sehen uns ja nach einem Jahre wieder; dann wird man an der Hand der Berichte über die Wirkung der Einrichtung weiter gehen können. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Stadtschulrat Gerstenberg: Ich muß erklären, daß ich im Magistrat nichts von einem grundsätzlichen Gegensatz gegen die Erweiterung oder gar Einführung des schulärztlichen Instituts gemerkt habe. Die Vorlage bedeutet auch nach dem Jugendstandnis des Vorredners einen großen Fortschritt, indem sie die Einrichtung auf die ganze Stadt ausdehnt. So ohne weiteres mit den freiwilligen Vereinen der Kasernen- und Gewerksärzte läßt sich diese Einrichtung nicht vergleichen. Die Schulärzte sollen in dem historisch gewordenen Organismus der Schule hineinwachsen. Gehen wir jeder Arzt eine Schule, dann würden wir den Arzt auf 500 M. setzen müssen und das wird auch Herr Dr. Wehl nicht wollen. Gewiß bekommen sie mehr Schulen, aber die Arbeit wird nach der Dienstausweisung auch vermindert. Einen Bericht auf die Publikationsbeschränkung kann ich namens des Magistrats nicht ausprechen. An Stelle des Antrages Antritt, der uns auf die Zukunft verweist, wollen wir lieber mit einem kleinen Etwas in der Gegenwart zufrieden sein.

Stadtv. Dr. Nathan (N. L.): Es ist sehr fonderbar, daß die Socialdemokraten ihre Anträge wieder aufnehmen, anstatt sich mit uns auf den Antrag Kreiting zu vereintigen, der ihrem Ideal viel näher kommt und wenigstens in einem Teile der Stadt ein Definitivum geschaffen hätte mit einem Schularzt für vier Schulen. Das Schwergewicht der Thatsachen hätte dann in wenigen Jahren zur Ausdehnung dieses Systems auf die ganze Stadt geführt. Jetzt können wir uns auch unterwerfen nur dem Kompromiß auf 36 Ärzte anschließen. Natürlich werden wir dabei später nicht stehen bleiben können und die zweimäßige Ausgestaltung wird hoffentlich bald in die Wege geleitet werden.

Stadtv. Gassel (N. L.): Auch meine Freunde denken nicht daran, diese Institution wieder abzuschaffen. Wir haben es ebenfalls für das Nichtigere gehalten, das Institut auf die ganze Stadt auszudehnen. Das konnte aber wiederum nur erreicht werden, wenn man eine nur mäßige Erhöhung der Ärztezahle eintreten ließ. Alles Uebrige muß uns in Verlin erst die Erfahrung lehren; die Erfahrungen anderer Kommunen lassen sich nicht direkt für Verlin übertragen.

Stadtv. Böhm (Fr. Fr.): Wir stimmen ebenfalls für die Ausfuchbeschlüsse. Es ist feststehend, daß ein Arzt zwei Schulen, wie es bisher probeweise eingerichtet war, mit spielender Leichtigkeit versehen konnte; es wäre also widersinnig, nach dem Antrage Augustin für jede einzelne Schule einen Schularzt zu bestellen. Die Resolution habe ich allerdings im Ausfuch eingebracht und ich halte einen solchen Beschluß für besonders im Interesse der Eltern, aber auch im Interesse der Gesamtheit gelegen.

Stadt. Dr. Wehl: Wenn Herr Nathan sich über die Wiederbringung unserer Anträge wundert, so habe ich ja deutlich gesagt, daß der wirkliche Fortschritt, das Definitivum, mit dem Antrag Kreislager nicht geschaffen wurde. Wir haben kein Recht, mit dem Gelde der Steuerzahler nur einen Teil der Schulden schuldenmäßig unterzuziehen zu lassen.

Die Anträge Augustin: 1. vom 1. September 1908 je einen Schularzt an jeder Schule anzustellen, 2. einen Arzt für zwei Schulen anzustellen, 3. die Dienstverweisung wie oben mitgeteilt zu ändern, 4. das bedingte Verbot der Publikation zu streichen, werden gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt, die Ausschussvorschlüsse genehmigt.

Stadt. Wischelet erstattet darauf namens des Ausschusses für die Neuwahl eines Stadtschulrats Bericht über den Antrag dieses Ausschusses auf Anstellung eines Direktors für die Leitung des Fach- und Fortbildungsschulwesens. Fast einstimmig tritt die Versammlung dem Antrage bei.

Die Vorlage wegen Umdänderung und Erweiterung der Lehr- und Erziehungsaufgabe der städtischen höheren Weberschule ist in der Ausschussberatung im wesentlichen unbedeutend angenommen worden. Da die praktische Weberei in Berlin wesentlich zurückgegangen, die Konfektion aber gewachsen ist und in hoher Blüte steht, soll der Lehrplan eine entsprechende Aenderung erfahren; der Fabrikantenkursus kommt in Wegfall, dagegen sollen Kurse zur technischen Ausbildung von Kaufleuten und Arbeitskräften der Konfektions- und Wäschebranche eingerichtet werden.

Ohne Debatte erteilt die Versammlung dem neuen Organisationsplane en bloc ihre Zustimmung.

Berlin und der Staat.

Am 10. März haben der Stadt. Ver. S. und die Neue Fraktion der Linken an den Magistrat folgende Anfrage gerichtet:

Gedenkt der Magistrat Schritte zu thun gegenüber der in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses zu Tage getretenen Gefahr einer staatlichen Ausnahmebesteuerung der Stadt Berlin? Stadt. Ver. S. 2.: Die letzten Verhandlungen im Abgeordnetenhause haben Optimisten veranlaßt, unsere Besorgnisse für übertrieben oder gar unbegründet zu erklären. Das ist nicht angeht, denn eine positive beruhigende Erklärung der Regierung liegt nicht vor. Herr Hoff vom Kultusministerium hat gemeint, man würde sich schon mit Berlin einigen, wenn erst die Charité-Frage gelöst wäre; d. h. dann kommen die besonderen Ansprüche an die Stadt Berlin hinterher. Wir haben nicht bloß mit der Regierung, sondern auch mit der Berlin feindlichen konservativ-liberal-nationalistischen Mehrheit des Abgeordnetenhauses zu thun. Die „Köln. Zeitung“ hat geschrieben, Berlin möchte die Widerhaarigkeit ausgetrieben werden; vom Centrum stammt der Ausdruck, Berlin sei der Wasserlopf der Monarchie; in den Chorus der Wachen, Mooran, Kraußel, v. Geyern stimmt freundlich die „Kreuzzeitung“-Partei ein. Dagegen bedeutet das Volkszeitungs-Gesch. schon allein eine Brandstiftung Berlins; in der Feuerwehrrverwaltung haben wir „nig zu seggen“. Dazu fordert man jetzt von uns eine Art Extrasteuer und für die staatlichen öffentlichen Gebäude sollen wir mitbezahlen. Kaum haben wir den Kirchenbaulast-Prozess gewonnen, da kommt man uns mit der Forderung, daß Berlin auf die Zurückforderung der bereits gezahlten hohen Summen verzichten soll, dann wolle man uns weiterhin verschonen — falls auch das angerufene Reichsgericht gegen die Kirchenbehörde entscheidet! Redner fährt die einzelnen Posten auf, bei denen Berlin Ausfälle zu Gunsten des Staates erleidet; der Ausfall an Kommunalsteuern bei Beamten und Offizieren betrage allein 1700 000 M. Die öffentlichen — steuerfreien! — Gebäude für Reichs- und Staatszwecke hane man doch nicht um der schönen Augen der Berliner willen! Die Beamten dieser Anstalten wohnen meistens in den Vororten, seien also nicht einmal Berliner Steuerzahler. Wir sollen die Aufständischen nicht verlesen, sagt uns Herr Hoff, sondern für das Land Opfer bringen! In dieser Forderung finden sich alle deutschen Stämme zusammen. Wie kann man uns im tiefsten Frieden so Brandstiftungen wollen.

Oberbürgermeister Kirchner: Was die Charité betrifft, so ist unser Recht auf die 100 000 Freitage ausdrücklich anerkannt worden (Hört! hört!), und zwar nicht als ein Gnadenrecht, sondern als ein vertragsmäßiges, Angbares Recht. Es wird aber behauptet, daß die Existenz der Charité uns ein Krankenhaus erspare. Wir stehen in dieser Hinsicht nicht anders, als alle andere Städte mit staatlichen Krankenhäusern, speziell die Universitätsstädte. Ich muß mich sehr darüber wundern, wie man gerade jetzt diesen Anspruch erheben kann, wo der Umbau der Charité die Bettenzahl vermindert und Berlin einen seiner schönsten Parks, den botanischen Garten verliert. Die Idee ist ebenfals originell wie unbillig. (Zustimmung.) Die Stadt hat niemals gedögert, das klinische Material ihrer Krankenhäuser für die staatlichen Unterrichtszwecke zur Verfügung zu stellen. Im Interesse dieses Unterrichts haben wir vor zehn Jahren das Hochschulinstitut in enge Verbindung mit unseren Krankenhäusern gebracht und damit Verpfichtungen lästiger Natur auf uns genommen. Das scheint an der amtlichen Stelle schon ganz in Vergessenheit geraten zu sein und muß die Neigung zu neuen Verhandlungen abkühlen. Ebenso wunderbar ist der Anspruch, daß wir für staatliche Bauten einen Beitrag leisten sollen, wo es geradezu zur Regel geworden ist, jeden Staatsbau, der nicht ganz notwendig in Berlin bleiben muß, außerhalb Berlins zu errichten. Es ist ja für jeden mit historischem Sinn Begabten klar, daß die Bedeutung Berlins, abgesehen von dem Fleiß und der Intelligenz seiner Bewohner, auch beruht auf der Stellung, welche es als Hauptstadt des Staates und des Deutschen Reiches einnimmt und z. T. auch auf der Größe des Fürstentums; aber andererseits läßt sich nicht in Abrede stellen, daß diese Stellung der Stadt Berlin uns große Pflichten auferlegt; und daß wir diese Pflichten immer voll erfüllt haben, ist rüchhaltlos von einer höheren Stelle anerkannt worden als die ist, die jetzt mit solchen Ansprüchen gegen uns auftritt. Der Magistrat hat, nachdem diese Ansprüche erhoben worden sind, nicht umhin gekonnt, der Frage näher zu treten, und ist mit der Zustimmung einer Neuwahl beschäftigt, welche die Leistungen und Gegenleistungen auf diesem Gebiete abwägt. Ich bin sicher, es wird für Berlin ein ziemlicher Saldo dabei herauskommen (Sehr richtig); aber wie dem auch sei, solche Erörterungen sind peinlich, mühsam und können kaum zum Segen anschlagen. (Lebhafte Zustimmung.) Sie erwecken Mißstimmung, Streit und Unfrieden in großem Maße, und jedenfalls können die keine Freude daran haben, denen der Freude zwischen der Krone und dem Staat einerseits und der Stadt Berlin andererseits am Herzen liegt. Die Männer, die uns zu solchen Rechnungen zwingen, nehmen eine große Verantwortung auf sich; nachdem wir aber dazu gezwungen worden sind, hat sich der Magistrat aufs eifrigste der Angelegenheit angenommen; das Material wird gesammelt und Ihnen eventuell seiner Zeit in einer Denkschrift zugänglich gemacht werden. (Lebhafte Beifall.) Eine Besprechung der Anfrage erfolgt nicht; somit ist dieselbe erledigt.

Ueber die durch Erteilung eines Urteils von einer Woche an die städtischen Arbeiter entstehenden Vertretungskosten hat der Magistrat die von der Versammlung gewünschte Berechnung aufmachen lassen und vorgelegt.

Der Gegenstand wird von der heutigen Tagesordnung abgesetzt. Nachdem noch einige Vorlagen von weniger allgemeinem Interesse erledigt sind, schließt die öffentliche Sitzung nach 8 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Bauklemper beschloßen gestern abend in einer stark besuchten Versammlung, am heutigen Freitag den einzelnen Firmeninhabern einen Tarif zu unterbreiten, laut dessen vom 1. April ab ein Minimallohn von 60 Pf. pro Stunde gefordert wird.

Am Anschluß hieran nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an:

Die Versammlung beschließt: Den Arbeitgebern am Freitag, den 27. März feiß die Forderungen zu unterbreiten mit der Maßgabe, daß überall, wo bis zum 31. März abends die Forderungen nicht bewilligt sind, am 1. April früh die Arbeit nicht wieder aufgenommen wird. Die Tarifkommission wird als Lohnkommission eingesetzt und hat alle auf die Lohnbewegung bezug-habenden Schritte zu thun.

Besont wurde allseitig, daß die Klemper nur durch das Verhalten der Zunft zu diesem Vorgehen gezwungen worden sind.

Zum Streik der Maschinuarbeiter. Am Mittwoch ist in einer Versammlung der Arbeitgeber wieder einmal der Beschluß gefaßt worden, eine allgemeine Aussperrung vorzunehmen; wahrscheinlich bleibt es auch diesmal bei der geplanten Aussperrung. Als Hauptgründe für eine Generalaussperrung wurden angeführt, die Jähgigkeit mit der die Arbeiter ihre Sache vertreten, und die Unmöglichkeit, die Organisation im partiellen Kampfe zum Weichbluten zu bringen; ferner gefanden die Herren auch ein, daß es mit der Anleerung neuer Arbeitskräfte absolut nicht gehen wolle und auch Streikbrecher so gut wie gar nicht aufzutreiben seien. Es gewinnt jedoch immer mehr den Anschein, als ob es die Hauptmacher unter den Arbeitgebern bei der geplanten Aussperrung weniger auf eine Schädigung der Arbeiter als vielmehr auf den Ruin der Kleinen und mittleren Arbeitgeber abgesehen haben. Gerade die letzteren sollen unter allen Umständen zur Aussperrung bewogen werden, und wenn sich dann nach einigen Wochen ihre Kassen von ihnen abgehandelt haben und sie selbst ihre Werkstätte für immer schließen müssen, dann lachen sich die großen kapitalkräftigen Unternehmer ins Häuschen, sie machen ihre Betriebe wieder auf, vergrößern dieselben noch — und sind auf gute Manier die Kleinen Konkurrenten los geworden. Schon jetzt liegt es klar auf der Hand, daß diejenigen Betriebe, die bis jetzt ihre Arbeiter ausgesperrt haben, im höchsten Grade geschädigt sind. Ihre Kassen haben zum Teil bereits mit anderen Firmen Verträge abgeschlossen. Merkwürdig ist auch, daß gerade die Hauptbesitzer der Aussperrung am allermeisten auf Festhaltung ihrer Arbeiter drängen. Bei den Firmen aber, die da weiter arbeiten lassen, kann kaum soviel Arbeit hergeflößt werden, als verlangt wird. Hätten diese Arbeitgeber nur genügend Platz für Arbeiter, dann wären vielleicht schon sämtliche Streikende bei ihnen beschäftigt, und die Herren säßen binnen kurzem auf dem Trocknen. — Sehr unangenehm scheint es in gewissen Arbeitgeberkreisen auch berührt zu haben, als die Arbeiter nachwiesen, wie von der Firma Koller die Kleineren Meister gegenüber den größeren in der Preisberechnung benachteiligt werden. Da man diese Angaben nicht widerlegen konnte, so hat man sie einfach als unwarhaft bezeichnet. Nicht nur, so weit Habel und Walzenfäße in Betracht kommen, sondern auch für die Arbeiten der Kreis- und Wandläge und die Freise-Arbeiten sind die Preise, welche die Kleinen Meister zahlen müssen, 10 bis 50 Proz. höher als diejenigen, welche den großen abderlangt werden. Schon an dem Beispiel dieser einen Firma ist zu sehen, was es mit der von Khardt und Compagnie gepredigten Interessengemeinschaft aller Arbeitgeber auf sich hat. Letztere besteht nämlich darin, daß die Großen die Kleinen an die Wand drücken. Deswegen werden auch die Arbeiter den Maßnahmen der Arbeitgeber ruhig ins Auge sehen.

Der Streik der Landschaftsgärtner hat einen bedeutenden Umfang angenommen. Bis zum Mittwoch haben insgesamt 447 Mann die Arbeit eingestellt, 40 Firmen, darunter 6 private, haben die Forderungen bereits bewilligt, bei denen 100 Arbeiter beschäftigt sind, so daß nunmehr noch 338 Ausständige verbleiben. Streikbrecher sind verhältnismäßig wenig vorhanden, und man hofft, daß diejenigen, die noch zu den alten Bedingungen arbeiten, in den nächsten Tagen ebenfalls die Arbeit einstellen werden. — Die Unternehmer waren sehr überfordert, als Montag fast überall so einmütig die Arbeitseinstellung erfolgte. Sie hatten bis zum letzten Augenblick nicht geglaubt, daß unter den Gärtnergehilfen eine derartige Solidarität vorherrscht und am allerwenigsten daran gedacht, daß auch die Obergärtner, Kolonnenführer und Arbeiter, die schon jahrelang bei derselben Firma tätig sind, sich an der Lohnbewegung beteiligen würden. In der Annahme, daß die Gehilfen doch nicht einig werden, haben die Unternehmer, wie schon früher, die Forderungen und auch jedwede Verhandlungen zwecks Vereinbarung eines Lohntarifs rundweg abgelehnt und auf alle Vorstellungen geantwortet: Die Gärtnere sollen nur streiken, erreichen werden sie doch nichts. Sie hatten eben die Absicht, überhaupt nichts zuzugestehen. Für die Ausständigen ist die Situation, wie in einer sehr hart beschriebenen Versammlung am Mittwoch im Schöneberger Klubhaus berichtet wurde, eine sehr günstige. Da im Vorjahre die Gärtnerei ziemlich dankeberlag und folgedessen viele Gärtnerei-Arbeiter sich andere Berufszweigen zugewandt haben, so ist gegenwärtig, wo die Konjunktur wieder eine bessere geworden, kein großer Ueberfluß an Arbeitskräften vorhanden, so daß gerade zur jetzigen Zeit und besonders infolge des guten Wetters die Arbeit sehr drängend ist. Hinzu kommt, daß die Gartenspezifler, welche über den Stand der Dinge aufgeklärt worden sind, sich auf Seiten der Arbeiter stellen, ihre Forderungen als völlig berechtigt anerkennen und gedroht haben, ihre Arbeiten schließlich nur von solchen Firmen herstellen zu lassen, welche den Tarif bewilligten. — Unter den Ausständigen selbst herrscht große Begeisterung. Das Vorgehen der Unternehmer hat allgemein erwidert und aber auch den Stim für eine Klassenbewegung und kampfbereite Organisation in den Kreisen der Gärtnergehilfen sehr belebt.

Wahrung Schutzmacher! Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Filzschuhfabrik von Jakobowki, Reichendergerste 121, haben gestern früh die Arbeit niedergelegt. Die Arbeitsniederlegung erfolgte anlässlich der Verweigerung der Leistung von zwei Ueberstunden täglich und gestellten Lohnforderungen. An dem Ausstande sind 20 Personen beteiligt. Zugang ist bis auf weiteres streng fernzuhalten.

Die Dreisverwaltung des Vereins deutscher Schuhmacher, **Wahrung, Jungfer und Stäger!** Die Werkstatt bei dem Zwischmeister Speering, Dranienstr. 189, ist wegen Differenzen gesperrt. Zugang ist fernzuhalten. Die Agitationskommission.

Deutsches Reich.

Der Verhandlungstag der Tabakarbeiter

schloß auch am Mittwoch und Donnerstag die Debatte über das Unterstufungswesen fort. Es fand namentliche Abstimmung darüber statt, ob die Arbeitslosen-Unterstützung sofort eingeführt werden soll. Mit ja stimmten 43 Delegierte, mit nein 18. Der Abstimmung enthält sich 8 a. u. m. -Stimmen.

Die Arbeitslosen-Unterstützung ist also mit großer Mehrheit angenommen worden.

Der Fortschritt der Gewerkschaftsbewegung in Posen giebt, wie der Bericht des dortigen Gewerkschaftsartikels konstatiert, zu den besten Hoffnungen Anlaß. Dem Kartell sind jetzt 26 Gewerkschaften mit insgesamt 3208 Mitgliedern angeschlossen. Die Gesamtmitgliedszahl stieg von 300 im Jahre 1898 auf 4011 im Jahre 1902. Im letzten Quartal ist die Zahl infolge der Krise auf die oben angegebene Summe zurückgegangen. Im ganzen ist der Aufschwung jedoch sehr bedeutend und sind an ihm besonders beteiligt: Bauarbeiter 1901: 108, 1902: 433; Holzarbeiter: 98, 320; Maler: 66, 210; Maurer 258, 1003; Metallarbeiter 58, 100; Schneider 56, 244; Zimmerer 20, 273. Im fast das Doppelte gegen das Vorjahr stieg im Berichtsjahre die Zahl der Organisierten und zwar hauptsächlich infolge der in diesem Jahre ausgefochtenen Lohnkämpfe. Nicht weniger als 10 Gewerkschaften mit nahezu 3000 Mitgliedern waren im Streik und errangen durchgängig volle Siege, die ihnen eine 15—20prozentige Lohnerrhöhung brachten. Während einzelne Gewerkschaften auf gütlichem Wege durch Anrufen des Gewerbegerichts als Einigungsdamit ihre Forderungen durchsetzten, mußten die Holzarbeiter in ein, die Maler in drei- und die Maurer und Zimmerer in siebenwöchigen Ausstände verharren, ehe

ihre Forderungen seitens der Unternehmer anerkannt wurden. Auf Grund der Einigungsverhandlungen sind neun korporative Verträge zu stande gekommen. Aus dem Berichte entnehmen wir, daß sich seit dem Erstarken der Gewerkschaftsbewegung, an der sich naturgemäß auch sehr viele polnische Arbeiter beteiligten, die polnische Bourgeoisie, Pfaffen, Rechtsanwälte, Aerzte u. plätzlich um das Wohl des geschmeterten polnischen Proletars bemühen. Während früher, als der Arbeiter noch nicht zum Klassenbewußtsein erwacht war, nur gelegentlich der Wahlen einmal eine „Versammlung für die arbeitende Bevölkerung“ einberufen wurde, in der dann seitens des Kandidaten etwa folgende „Rede“ gehalten ward: „Gelobt sei Jesus Christus! Meine Lieben Versammelten, ich kann mich wohl kurz fassen. Ich bin Pole und Katholik und mehr habe ich nicht zu sagen.“ werden jetzt „polnische“ Fachvereine gegründet, werden Woche für Woche Versammlungen abgehalten, in denen man mit Hilfe der nationalen Phrasen die unversehens entlaufenen Schäfer wieder einzufangen versucht. Das wird jedoch nicht mehr so leicht sein. Die 70 000 M., mit denen die deutschen Gewerkschaften die polnischen Arbeiter in ihren Kämpfen unterstützten, werden ihre Früchte tragen.

Die Bremer Barbier- und Friseurgehilfen beschloßen am Dienstag, den Streik einzutreten. Sie legen Freitag, den 27. März, die Arbeit nieder. Wir bitten, jeden Kollegen darauf aufmerksam zu machen. Zugang ist streng fernzuhalten.

Die Lohnkommission.

Der Sammelweber-Streik in Oedt, Kreis Kempen, hat mit einem glänzenden Siege der Arbeiter, trotz aller Quertreiberien der arbeitslosen Führer, geendet. Die Firma J. Girmes u. Co. hat fast alle Forderungen der Arbeiter bewilligt. Am Donnerstag wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Tarifverhandlungen im Metallschläger-Gewerbe in Pärth sind gescheitert. Die Metallschläger-Zunft hat die Vorschläge des Deutschen Metallarbeiter-Vereins, welche auf der 52stündigen Arbeitszeit basierten, abgelehnt und beharrt auf ihrem Beschluß, nächsten Sonnabend die Arbeiter auszusperrten.

Ausland.

Lohnbewegungen in Oestreich-Ungarn. In Klagenfurt sind die Schneider in den Ausstand getreten. Sie verlangen Regelung der Löhne, zehnstündige Arbeitszeit, Errichtung einer Betriebswerkstatt, Nichtannahme neuer Heimarbeiter. Der Gewerbe-Inspektor hat seine Vermittlung zugesagt. — Die Bäcker-Arbeiter in Villach haben den Streik beschloßen. — In Leoben liegen Differenzen bei den Tischlern vor. — Die Steinarbeiter in Budapest stehen vor einem Streik. — In Strehburg hat eine vom Gewerkschaftsartikell eiberufene Volksversammlung eine Resolution angenommen, durch die für den Fall der Nichtannahme der Forderungen der Arbeiterschaft der Streik der Gesamtarbeiterschaft Strehburgs erklärt und daß Gewerkschaftsartikell beauftragt wird, den Zeitpunkt des Streikbeginnes festzusetzen.

Aus Mailand wird vom 26. März gemeldet: Heute legten ungefähr tausend Steinbrucharbeiter, die in den großen Steinbrüchen von Babeno, Orabellona und Feriolo beschäftigt sind, die Arbeit nieder, nachdem ihre Lohnforderungen von den Unternehmern abgelehnt worden waren. Die Bevölkerung nimmt für die schlecht bezahlten Arbeiter Partei und es wurden deshalb von den Behörden besondere Sicherheitsvorkehrungen getroffen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Majestätsbeleidigungs-Prozess gegen das „Hamburger Echo“.

Hamburg, 26. März. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) In dem Majestätsbeleidigungs-Verfahren gegen den verantwortlichen Redakteur des „Echo“ wurden heute vier Redakteure des „Echo“ als Zeugen, der fünfte als Mitschuldiger gerichtlich vernommen. Sämtliche Vernommene verteidigten ihre Aussage.

Bekanntlich hat zu diesem Verfahren eine Bibel und Babel behandelnde Sonntagsplauderei Anlaß gegeben.

Primus-Prozess.

Hamburg, 26. März. (B. T. V.) Heute vormittag wurde das Erkenntnis des See-Amts verlesen, in welchem dem Führer des „Primus“, Kapitän Peters, die Hauptschuld zugemessen wird, da er der kaiserlichen Verordnung zuwider im nördlichen Fahrwasser gefahren. Es wurden alsdann noch einigen Augenzeugen des Unglücksfalles vernommen und die Verhandlung auf Freitagvormittag verlagert.

Aus rheinischen Centrumskreisen.

Köln a. Rh., 26. März. (B. T. V.) In der heute abgehaltenen Sitzung der Organisations-Kommission des Rheinischen Bauernvereins legte der „Rheinischen Volkszeitung“ zufolge der Vorsitzende Graf Spee sein Amt nieder. Die Geschäfte des Vereins werden durch den zweiten Vorsitzenden Lillmann-Vödingen weitergeführt, da der erste stellvertretende Vorsitzende Esser-Robberhof erkrankt ist.

Luzernburg, 26. März. (B. T. V.) Nach dreitägiger Debatte hat die Deputiertenkammer einstimmig, bei zwei Stimmenthaltungen, den Eisenbahn- und Zollvereinsverlängerungs-Vertrag mit Deutschland angenommen.

Duellfragen in Ungarn.

Budapest, 26. März. (B. T. V.) Im Abgeordnetenhause beantwortete der Honved-Minister Freiherr von Fejervary die Interpellation des Abgeordneten Benedel über das Verbot, daß Offiziere der Anti-Duell-Liga beigetreten, dahin, daß zwar der Zivilkampf gesetzlich verboten sei, das Offiziercorps sich jedoch über die gesellschaftliche Auffassung, welche die Abweisung eines Duells als Freigebit erkläre, nicht hinwegsetzen könne. Das Offiziercorps sei nicht berufen, der Gesellschaft neue Auffassungen zu oktroyieren. Da zudem vorauszuwischen sei, daß die spezifischen Vorschriften der Armee über Ehrensachen mit den Vorschriften der Anti-Duell-Liga nicht übereinstimmen, könne der Offizier nicht über die Nichtanerkennung seines Verhaltens im Unklaren gelassen werden. Wenn es der Anti-Duell-Liga gelänge, ihrer Auffassung in der Gesellschaft zum Siege zu verhelfen, so werde das Offiziercorps nicht verfehlen, sich den neuen Ideen anzupassen. (Beifall rechts.) Das Haus nimmt die Antwort zur Kenntnis.

Aus Holland.

Haag, 26. März. (B. T. V.) Da die Ereignisse, welche die Forderung der Wiltzen des Jahrganges 1900 und 1901 veranlaßten, in nächster Zeit eine Gerabstimmung derselben nicht voraussehen lassen, so hat sich die Regierung entschlossen, dieselben so lange unter den Waffen zu behalten, als dies ihr nützlich erscheint.

Decret-État in Spanien.

Madrid, 26. März. (B. T. V.) Unter dem Vorstich des Königs hat heute ein Ministerrat stattgefunden, in welchem der Decret-État auf 133 Millionen und die Präsenzstärke auf 100 000 Mann festgelegt wurde. Der König hat ferner das Dekret betreffend die Auflösung der Kamern unterzeichnet. Die Neuwahlen werden am 20. April für die Deputiertenkammer und am 10. Mai für den Senat stattfinden. Der Zusammentritt beider Häuser erfolgt am 18. Mai.

Sofia, 26. März. (B. T. V.) Die Abendblätter melden, daß das gesamte Kabinett sich entschlossen habe, angesichts der Unmöglichkeit, das Kriegsvortreffense zu befehlen, seine Entlassung zu geben.

Johannesburg, 26. März. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Dem Vernehmen nach wird infolge der Konvention der Handelsverkehr mit Großbritannien eine Bewerzung durch eine Zollermäßigung um 25 Prozent auf den ad valorem Tarif gesehen. Ein besonderer Vorzugstarif ist außerdem für die im Mineralbereich und andren Industriezweigen zur Verwendung kommenden Maschinen vereinbart worden.

Parlamentarisches.

Die Finanzkommission des Herrenhauses trat Donnerstagsvormittag unter dem Vorsitz des Grafen Bieten-Schwerin in die Beratung des Staatshaushalts-Etats für 1903 ein.

In der Generaldebatte schildert Graf Königsmark eingehend die Finanzlage. Der Finanzminister erklärt, daß sich das Defizit bald vermindern werde.

Die Finanzkommission des Herrenhauses trat Donnerstagsvormittag unter dem Vorsitz des Grafen Bieten-Schwerin in die Beratung des Staatshaushalts-Etats für 1903 ein.

Partei-Nachrichten.

Gemeindevorwahlen. In Welsch-Reureuth bei Karlsruhe wurden in der dritten Klasse die sozialdemokratischen Kandidaten ohne Gegenliste gewählt.

Parteipresse. In einer Parteiverammlung in Köln wurde berichtet, daß die „Rheinische Zeitung“ erfreuliche Fortschritte macht.

Die Beteiligung an allen Wahlen zu den Körperschaften, die auf die Befestigung Einfluss haben, wurde von einer Konferenz der sächsischen Parteidelegierten beschlossen überall da, wo Organisationen bestehen.

Pöfzzeitliches, Gerichtliches usw.

Zu 100 M. Geldstrafe wurde am Mittwoch Genosse R. Albert, zur Zeit in Magdeburg, vom Landgericht Plauen i. V. verurteilt.

Sociales.

Der Kampf gegen die Wurmkrankheit wird nach einer Mitteilung der „Vergarbeiter-Zeitung“ auf eigentümliche Weise geführt.

Etwas vom Kolonnenaccord der Payer. In einer vom Payer A. Spielmann geführten Kolonne hatte der Payer W. Spielmann annähernd vier Wochen lang auf einem bestimmten Bau mitgearbeitet.

Die Kammer III unter dem Vorsitz des Gewerberichters Dr. Schallhorn wies die Klage ab. Begründet wurde ausgeführt: „Es konnte im vorliegenden Falle dahingestellt bleiben, ob es — wie in früheren Urteilen mehrfach angenommen wurde — Brauch ist, die vertragswidrige Ausgeschiedenen am Ueberichuß nicht teilnehmen zu lassen.“

Eine merkwürdige Krankheit der Chromarbeiter sucht Dr. med. N. Bamberger in Bad Aiblingen zu erklären. (Münchener med. Wochenschrift 1902 Nr. 51.) Es ist nämlich eine bestimmte Tatsache, daß in den Chromfabriken die Arbeiter, wenn sie nicht genügend durch Respiratoren geschützt sind, oder wenn die sonstigen fabriktypischen Vorsichtsmaßregeln nicht beachtet werden, von einem eigentümlichen Leiden befallen werden.

schwäre auf und schmerzlos erfolgt die Perforation der Nasenscheidewand. Das Loch vergrößert sich, bis die Scheidewand zerstört ist, dann hört der Prozeß auf, ohne irgend ein anderes Organ in Mitleidenschaft zu ziehen.

Aus Industrie und Handel.

Der Handelstrust der Räder. Brüssel, den 25. März. (Fig. Ver.) Bei Gelegenheit der Interpellation in der Kammer über die schwarze Einmischung habe ich schon an dieser Stelle (Nr. 60) auf die ökonomische Tätigkeit der Räder hingewiesen.

Der „Petit Bleu“ giebt in seiner heutigen Ausgabe interessante Mitteilungen über den neuen Truft. Es führt den Namen „Société Commerciale“ und bezweckt, alle Produkte religiöser Herkunft Engros zu verkaufen und sie den zahlreichen Zwischenhändlern zu entziehen.

Am 7. Juli vorigen Jahres von der siebenten Plenarsitzung der erwähnten Gefängnisstrafe von vier Monaten verurteilt worden, weil er unter der Ueberschrift „Die milde Kriegsführung“ neben andern ähnlichen Dokumenten den Brief eines Chinaltriers veröffentlicht hatte.

Der Verein für die bergbauischen Interessen im Oberbergamts-Bezirk Dortmund scheidet sich in seinem sechsten Jahresbericht voran — was niemand wundern wird, der die Stellung dieses Vereins zum Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat kennt — ebenfalls eine Länge für die wohlwollende Lohnpolitik der Kartelle einzulegen und die Behauptung aufzustellen, die Kartellierung der Industrie liege auch im Interesse der Arbeiter.

Am ein Produkt eigener Erfindung handelt es sich bei diesen Sägen nicht. Der Bericht wiederholt nur mit einigen andern Worten, was schon der frühere Socialarbeitsrat und neuernannte Geschäftsführer der Großindustrie des Saarreviers, Herr Alexander Tille, kürzlich in der „Deutschen Industriezeitung“ zu melden suchte.

Zur Verstaatlichung der Ostpreussischen Südbahn. In der letzten erschienenen Begründung des Geschenkwurfs betreffs der Erwerbung der sechs zum Anlauf bestimmten preussischen Privatbahnen läßt sich die preussische Regierung u. a. auch über die Motive aus, die sie dazu bestimmt haben, ihre ursprüngliche Abfindungs-offerte an die Aktionäre der Ostpreussischen Südbahn später zu erhöhen.

Die Ausdehnung der schulärztlichen Aufsicht auf alle Gemeindefamilien Berlin ist nun endlich von der Stadtverordneten-Versammlung beschlossen worden. Das durch diesen Beschluß geschaffen wird, ist freilich kein sehr glänzendes Ergebnis der jahrelangen Erörterungen dieser Angelegenheit.

fertigt erscheinen. Dementsprechend ist auch (wie bekannt) der Betrag der baren Zahlung auf 807 500 + 675 000) 1 282 500 M. bemessen.

Sollte eine Vereinbarung mit der Gesellschaft auf dieser Grundlage nicht zu Stande kommen, so bleibt nur übrig, die der Gesellschaft am 14. Oktober 1902 bereits angeforderte Abschluß des Erwerbs der Südbahn auf Grund der Bestimmungen (§ 42) des Gesetzes über die Eisenbahn-Unternehmungen vom 3. November 1883 zur Durchführung zu bringen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Die nächste öffentliche Versammlung des Wahlvereins findet am Dienstag, den 31. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Büchse, Demewigstr. 13, statt.

Schäfer Wahlkreis (Gefundbrunn und Rosenhäger Vorstadt), Sonntag, den 29. März, mittags 12 Uhr, findet im Lokal von Ball-Schneider, Bahstr. 16, eine Volksversammlung statt.

Nieder-Schöneweide. Der Wahlverein hält am Sonnabend, den 28. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Franz Grünauerstr. 5, seine ordnungsmäßige Versammlung ab.

Lokales.

Das letzte „Gunnens“-Opfer.

Unser Genosse und Kollege Schröder hat heute Abschied von seinen Freunden und der Freiheit genommen, um auf vier Monate nach den gasförmigen Räumen des Straßgefängnisses Ziegel überzusiedeln.

Ersteten sich die Genossen Schmidt und John gegen Herbststürme und Winterfrost des Schnees der massiven Kellermauern, so wird sich Schröder in seiner Einsamkeit an heißen Sommertagen des wohligen Schattens getrosten können.

Genosse Schröder war am 7. Juli vorigen Jahres von der siebenten Plenarsitzung der erwähnten Gefängnisstrafe von vier Monaten verurteilt worden, weil er unter der Ueberschrift „Die milde Kriegsführung“ neben andern ähnlichen Dokumenten den Brief eines Chinaltriers veröffentlicht hatte.

Wir sind nun einmal begierig nach Humanitätsdusef besessen, daß wir auch heute noch der Ansicht sind, daß das Niederstehen von Kriegsgefangenen bei einem Fluchtversuche einer zivilisierten Kriegsführung nicht entspricht.

Die Gerichte dachten anders: die „Vorwärts“-Redakteure erhielten siebzehn Monate Gefängnis, von denen dreizehn verbüßt sind; der Rest entfiel auf das Konto des Genossen Schröder, mit dessen Begleitung er heute begonnen hat.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die Ausdehnung der schulärztlichen Aufsicht auf alle Gemeindefamilien Berlin ist nun endlich von der Stadtverordneten-Versammlung beschlossen worden. Das durch diesen Beschluß geschaffen wird, ist freilich kein sehr glänzendes Ergebnis der jahrelangen Erörterungen dieser Angelegenheit.

Unser Fraktion begründete Genosse Dr. Wehl in ausführlicher Rede, die diese Lösung der Schulärzfrage als die beste und als sehr wohl durchführbar nachwies. Wehl kündigte an, daß seine Genossen bei Ablehnung ihres Antrages, unbeschadet ihres prinzipiellen Standpunktes, mit für den Ausschuh Antrag stimmen würden, um erst einmal die Ausdehnung der schulärztlichen Aufsicht auf alle Schulen zu erreichen, daß sie aber diesen Beschluß, der mit seiner Beschränkung der Arztzahl auf 36 doch nur Stückwerk ist, nicht als einen endgültigen angesehen wissen wollen. Stadtschulrat G r e s e n b e r g meinte, die Vorlage bedeute doch einen großen Schritt vorwärts. Von den Rednern der drei bürgerlichen Fraktionen polemisierte Stadtschulrat G r e s e n b e r g gegen die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion. Er wurde durch Genossen Wehl in kurzer Antwort zurückgewiesen. Bei der Abstimmung erhob sich auf freisinniger Seite keine Hand für die Vor schläge der Sozialdemokraten. Auch die Einschränkung, für je zwei Schulen immer einen Arzt anzustellen, wurde nicht unterstützt. Ebenso wenig waren die Freisinnigen für die von unseren Genossen empfohlenen Änderungen der Dienstverweisung der Schulärzte zu haben, für die Forderung, daß die Untersuchung der Schulkinder noch vor Beginn des Semesters beendet werden soll und daß der Schularzt mindestens alle 14 Tage die Schule inspizieren soll. Schließlich stand die sozialdemokratische Fraktion selbst mit der Forderung, daß den Schulärzten die Verwertung ihrer Beobachtungen zu wissenschaftlichen Veröffentlichungen nicht unterlag werden solle, fast allein da. Von den Freisinnigen stimmte ein einziger dafür, ein Arzt. So „vorsichtig“ ist man in Berlin bei dem „großen Schritt vorwärts“, der gethan hier wird! —

Aus dem weiteren Verlauf der Sitzung ist zu erwähnen die Anfrage der Neuen Linken, was gegen die „Gefahr einer staatlichen Ausnahmebesteuerung der Stadt Berlin“ gethan werden soll. Stadtschulrat G r e s e n b e r g begründete diese Anfrage sehr eingehend und mit lehrreichem Material, aber nachdem Oberbürgermeister Kirchner ihm geantwortet, hatte man doch den Eindruck, daß die ganze Aktion ohne große Wirkung verpufft sei. Herr Kirchner konnte es sich nicht versagen, seine Rede mit einem Kompliment für das Fürstenthum zu schließen und die Störung des Friedens zwischen Staatsregierung und Stadtverwaltung zu beklagen. Nach ihm sprach niemand.

Die Hochbahn ist jetzt ein Jahr in vollem Betrieb. Am 18. Februar vorigen Jahres war die Oststrecke eröffnet worden, am 11. März folgte die Weststrecke, und am 25. März begann der Durchgangsverkehr. Die Hochbahn-Verwaltung blickt auf dieses erste Jahr mit Befriedigung zurück und sieht der weiteren Entwicklung des Unternehmens mit der Hoffnung auf noch größere Erfolge entgegen. Sie läßt durch die Presse bekannt geben, daß die Hochbahn im ersten Jahre des vollen Betriebes 2 1/2 Millionen Fahrgäste befördert hat, und daß dieses Ergebnis alle Erwartungen übertrifft. Für das laufende Jahr rechnet die Verwaltung auf etwa 30 Millionen Fahrgäste, und das dürfte wohl auch nicht zu hoch gegriffen sein. Mit dem finanziellen Erfolg des Unternehmens kann die Verwaltung hiernach in der That zufrieden sein; andres steht es dagegen um den (wenn man so sagen darf) moralischen Erfolg. Die Hochbahn erfreut sich bei der Berliner Bevölkerung durchaus keiner großen Sympathien — darüber kann auch die über Erwartung starke Benutzung nicht hinwegtäuschen. Von einer Ermäßigung der Fahrpreise, einer Einführung von Abonnements und von andern Reformen zu Gunsten des auf die Benutzung der Hochbahn angewiesenen Publikums hat die Verwaltung bisher nichts wissen wollen. Ob sie sich angefangen der günstigen Betriebsergebnisse des ersten Jahres, mit denen sie jetzt Staat macht, nicht doch endlich zu einigen Reformen entschließen wird? Die guten Beziehungen nach „oben“ hin, deren sich die privatkapitalistischen Verkehrsunternehmen erfreuen, sind zwar sehr viel wert, aber auch die Stimmung der misera contribuens plobs — in freier Uebersetzung: des seine Nadel opfernden Volkes — ist ein Faktor, den man nicht ungefragt dauernd außer acht läßt. Auch für die Straßenbahn-Gesellschaften Berlins gab es einmal eine Zeit, wo ihre Verwaltungen auf die Sympathien der Berliner Bevölkerung pflanzten. Aber unter dem Druck der öffentlichen Meinung hat man sich im Laufe der Jahre doch zu manchem Zugeständnis bequemen müssen, das man vorher stets mit einem „Wir können nicht“ abgelehnt hatte.

Zugvermehrung auf der Hochbahn. Eine abermalige Vermehrung der Züge auf der Hochbahn hat die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen gestern Abend einbringen lassen. Der Verkehr hat insbesondere in den Abendstunden zwischen 4 und 8 Uhr einen derartigen Umfang angenommen, daß die jetzigen Beförderungsgelegenheiten nicht mehr ausreichen. Insbesondere ist der Durchgangsverkehr zwischen der Ost- und der Weststrecke so groß, daß weder die über den Potsdamer Platz, noch die unmittelbar verkehrenden Durchgangszüge den Andrang zu fassen vermögen. Es ist deshalb die Einrichtung getroffen worden, daß die sogenannten Wendezüge, die zwischen dem Anie und dem Potsdamer Platz verkehren, während dieser Stunden vom Potsdamer Platz auch weiter über die Oststrecke geleitet werden. Der erste dieser Züge vom Anie nach Warschauer Brücke über den Potsdamer Platz geht um 4.17 nachmittags, der letzte um 7.37 abends. Die Gegenzüge vom Warschauer Brücke über den Potsdamer Platz nach dem Anie laufen von 4.21 nachmittags bis 7.41 abends. Die neue Vermehrung der Züge dürfte ausreichen, um auch die stärksten Anschwellungen des Verkehrs aufzunehmen.

Vom Teltowkanal kommt jetzt unweit Grünau, zwischen der Dahme und der hier parallel laufenden Grünau-Stöpnicker Chaussee, das Stützwerk, durch das der Kanal in die Dahme einmünden wird. Hier ist an der Chaussee erst ein Haus zu beseitigen, das dem Kanal bisher im Wege stand. Der Abbruch des Hauses wird nach dem 1. April erfolgen. Die große Brücke, mit der die Chaussee über den Kanal hinweggeführt wird, ist fertig; doch ist unter ihr noch das Kanalbett herzustellen. Die Rampen sind ausgehütet und werden jetzt gepflastert; sie haben eine nicht unbedeutende Steigung erhalten. Fertig ist auch die Kanalstrecke von hier bis zur Grünau-Adlershofer Chaussee. Für die Grünau-Adlershofer Chaussee sowie für die parallel laufende Gölzinger Bahn sind Brücken erforderlich, die noch in diesem Jahre in der Hauptsache fertig werden sollen. An der Bahnbrücke ist mit den Fundamentierungsarbeiten begonnen worden.

Die Hochlegung der Stadtbahnhöfe ist, nachdem in dieser Nacht der Bahnhof Jannowitzbrücke mit den Cementplatten ausgerüstet worden, auf der ganzen Strecke, mit Ausnahme des Bahnhofes Charlottenburg, durchgeführt. Für die Arbeiten auf dem Bahnhof Charlottenburg sind nicht weniger als vier Nächte vorgesehen. Sie beginnen in der Nacht zum 28. und werden in der Nacht zum 31. beendet. Jeder der beiden Stadtbahnsteige erfordert zwei Nächte Arbeit. In einer Nacht wird die Höherlegung nur auf Jungläufe vorgenommen und an dem darauf folgenden Tage müssen die einfahrenden Stadtbahnzüge derartig halten, daß die Fahrgäste auf dem hochgelegten Teil aussteigen können.

Die Umgestaltungsarbeiten des Blücherplatzes, welche bezwecken, den Verkehr derselben in bestimmte Bahnen zu lenken, sind nunmehr in vollem Umfange in Angriff genommen. Durch die Anlegung einer Schauhalle auf der östlichen Seite des Platzes wird derselbe drei selbständige Hauptströme, und zwar in den Jagen der Bellealliance-, Wäckerstraße und des Waterloo-Platzes erhalten. Gleichzeitig wird am südöstlichen Ende des Platzes, woselbst die Bellealliance mit der Wäckerstraße zusammenläuft, der Fahrdamm von dem Bürgersteig durch eine Mauer getrennt werden. Dieselbe wird durch Granitpfeiler gebildet, welche das etwaige Abfließen von Fußwerkern nach dem an dieser Stelle tiefer liegenden Bürgersteig verhindern.

Ein trauriges Ende nahm in der vergangenen Nacht eine Geburtstagsfeier, die der 21 Jahre alte Schlosser Mag Bernhardt aus der Adolphi-Str. 8 mit mehreren Bekannten begangen hatte. Um 12 1/2 Uhr kehrte der junge Mann, der bei seinem Stiefvater, dem Steinbrüder Lange, im dritten Stock wohnt, nach Hause zurück, wahrscheinlich etwas angetrunken. Eine Stunde später ging er, nur mit dem Hemde bekleidet, auf den Abort, der auf dem Treppenaufgang zwischen dem zweiten und dritten Stock liegt. Auf dem Abgang stürzte er aus dem Fenster auf den gepflasterten Hof hinab, wo er mit schweren Verletzungen am Kopf, an den Armen und an den Beinen liegen blieb. Er hatte, wie er noch angegeben konnte, geglaubt, daß er bereits an der Wohnung gewesen wäre und das Fenster für seine Thür gehalten. Der Verunglückte wurde von einem Schutzmännchen mit einem Krankenwagen nach der Charité gebracht.

Den Tod im Wasser suchte und fand in der Nacht zum Mittwoch die 57 Jahre alte Arbeiterfrau Friederike Kawrote aus der Warschauerstr. 49, die schwer lungenkrank war. Während ihre Angehörigen schliefen, schlich sie sich aus der Wohnung und ging in die Spree. Gestern vormittag landeten Schiffer ihre Leiche am Hinterland der Mühlentrasse. Die Kranke hatte schon öfter bemerkt, daß sie ihrem Leben ein Ende machen werde.

Vor den Augen ihres Bräutigams erschossen hat sich gestern morgen die 21 Jahre alte Kellnerin Selma Arndt aus der Kleinen Alexanderstraße 27a, in ihren Kreisen die „Breslauer Selma“ genannt, weil sie aus Breslau stammte. Sie bediente zuletzt in einem Lokal in der Joachimstraße und war verlobt mit einem Hausdiener Emil F. Familienzwist scheint ihr das Leben verleidet zu haben. Er hing wohl damit zusammen, daß sie Kellnerin geworden war, während sie die Putzmaçherei erlernt hatte. Seit einigen Wochen nahm die Gastwirtin an dem Mädchen eine große Aufregung wahr und bemerkte einen Revolver bei ihr. Auch die Witwe Ankebel, bei der sie ein möblieretes Zimmer bewohnte, sah die Waffe und machte einen Polizeibeamten darauf aufmerksam. Dieser konnte aber um so weniger dagegen thun, als das Mädchen ihm versichert, sie habe den Revolver in der Linienstraße weggeworfen. Im Lokal hatte sie wiederholt gekauert, daß sie sich erschließen werde, auf die Frage nach der Veranlassung aber niemals geantwortet. Da Frau Ankebel sie vorgestern in großer Aufregung sah, so bat sie ihren Bräutigam, nachts mit in der Wohnung zu bleiben. Als dann gestern morgen um 9 1/2 Uhr die Dürren zum Waschen weggegangen war, ergriff die Lebensmüde plötzlich den Revolver und schloß sich, ohne daß der Bräutigam es hindern konnte, eine Augenblicke in das rechte Ohr. Das Geschloß ging auch durch den Kopf und kam am linken Ohr wieder heraus. Die Selbstmörderin brach auf der Stelle tot zusammen; ein Arzt konnte nicht mehr helfen. In einem Abschiedsbrief an eine in Charlottenburg lebende Schwester hatte sie angegeben, daß der Familienzwist sie in den Tod getrieben habe.

Eine erschütternde Scene spielte sich Mittwochnachmittag kurz nach 2 Uhr an der Ecke der Stallreider- und Alexandrinenstraße ab. Drei Geschwister, Frieda, Lieschen und Gertrud Paich aus der Sebastianstraße Nr. 21, Kinder im Alter von neun, fünf und vier Jahren, waren auf dem Wege von der elterlichen Wohnung nach dem Waldpark, in dem sie spielen wollten. An der genannten Ecke riß die kleine Gertrud sich von ihrer ältesten Schwester los, straukelte dabei und fiel von der Bordstele auf den Straßendamm, unmittelbar vor die Räder eines Omnibusses der Linie Schönberg-Oranienplatz, der von der Alten Jakobstraße her gefahren kam. An ein Galten der Pferde war nicht mehr zu denken. Die Kinder und Passanten schrien laut auf, aber zu helfen war nicht mehr. Als der Wagen zum Stehen kam, lag hinter ihm mit jermalmter Brust die Kleine regungslos da. Ein Vorder- und ein Hinterrad des schweren Wagens waren über den zarten Körper hinweggegangen. Ein Herr aus der Menge raffte die Verunglückte auf und lief mit ihr nach der nächsten Unfallstation in der Alexandrinenstraße, sie starb aber schon unterwegs auf seinen Armen und der Arzt der Station konnte nur noch den Tod feststellen. Der beiden anderen Kinder nahm sich ein Polizeiwachtmeister an, der sie zu beruhigen suchte und nach Hause brachte.

Das Opfer eines Brandunglücks ist nach langen schweren Leiden die 17jährige Luise Jacob aus der Werkstraße Nr. 8 geworden, die am Donnerstagnachmittag auf dem Johanneskirchhof in Plönsen beerdigt wurde. Das Mädchen half ihrer Mutter, die die Hausreinigung besorgt, in der Wirtschaft. Am 22. Dezember v. J. wollten die Leute eine Etage bohren. Als das Mädchen den Kessel mit dem Wasser vom Gasfeuer nahm, vergah es, vorher den Gahn zuzubringen. Dabei fing ihre Schürze Feuer, das sich bald auch den übrigen Kleidungsstücken mitteilte. Als die Mutter ihr zu Hilfe kam, war die Unglückliche schon am ganzen Körper mit Brandwunden bedeckt. Diesen ist sie jetzt im Moabiters Krankenhaus erlegen.

Verhaftung eines „Leinwandfärbers“. Ein ungemütliches Erwachen hatte der Schuhmacher Wilhelm Lange, der in der Nacht zum 16. d. M. auf dem Wedding auf einer Bank eingeschlafen war. Als er aufwachte, wieder munter zu werden, merkte er zunächst ganz unbestimmt, daß etwas mit ihm vorging. Dann schlug er die Augen auf und sah nun zu seiner unangenehmen Ueberraschung fünf Kerle um sich herum, von denen einer ihm die Taschen durchsuchte. Die Kerle machten nun die Sache kurz, leerten ihm rasch die Taschen, während einige ihn festhielten, und liefen mit ihrem Inhalt davon. Lange verlor u. a. sein Portemonnaie mit mehreren Mark, ein dunkles Klappportemonnaie mit der Aufschrift „Parole Heimat, Dienstadt Dypel“, drei goldene Hemdenknöpfe und verschiedene Gebrauchsgegenstände. Zufällig begegnete er gestern auf dem Kettelbedeplage einen der nächtlichen Räuber, den er genau wiedererkannte, und ließ ihn festnehmen. Der Verhaftete ist ein Schlosser Johann Sprang aus Soldin.

Wegen Sittlichkeitsverbrechens ist der Postschaffner Karl Bernide aus der Buchholzerstr. 16, ein verheirateter Mann, verhaftet worden. Bernide lockte seit mehreren Jahren wiederholt kleine Mädchen, Töchter seiner Nachbarn in einer Laubenkolonie im Norden der Stadt, in seine Laube und verging sich an ihnen, bis er jetzt ertappt wurde.

Ein Haiisch, 4 Meter lang und 1500 Pfund schwer, im Mitteländischen Meer gefangen, ist gegenwärtig zur unentgeltlichen Besichtigung in der Hauptfiliale der Dampfschifferei-Gesellschaft „Nordsee“, Bahnhof Vorie, ausgestellt.

Hygienische Vorträge der Centralkommission der Krankenkassen. Das Thema der heutigen Vorträge lautet: „Schutz und Pflege des Auges“. Durch Unterrichts sindigt man häufig gegen diesen wertvollsten Organ und sollen diese Vorträge aufklärend wirken. Das Thema wird an 4 Stellen besprochen und zwar heute Freitag, den 27. d. M. in den Jagen Weisenaustr. 7, Bankstr. 8, Kistlerstr. 4, Winterfeldstr. 16. Vortragende die Herren Doktoren Seligsohn, Exellinger, Sturm, Abelsdorf. — Beginn der Vorträge 8 Uhr, Eintritt frei.

Aus den Nachbarorten.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung hat am Mittwoch den Etat zu Ende beraten. Zum Etat der Gemeindefürsorge beantragten die Sozialdemokraten wiederum die Gewährung freier Vermittel an alle Schüler der Gemeindefürsorge. Genosse Hirsch legte in der Begründung dar, daß sich die Ausgabe pro Jahr und Kopf nur auf 3,50 M. belaufen würde, daß aber diese Summe ganz erheblich vermindert werden könnte, wenn die Stadt die Vermittel auf eigene Rechnung herstellen lasse. Selbst nach Annahme dieses Antrages würde jeder Gemeindefürsorge erst etwa halb so viel Kosten verursachen als jeder Schüler des Realgymnasiums. Der Antrag wurde abgelehnt, ebenso ein von Dr. Vorhardi be-

gründeter Antrag auf Gewährung freien Frühstücks an die Gemeindefürsorge. Im weiteren Verlaufe der Beratungen trat Genosse Sogel für die schulärztliche Unterweisung der Gemeindefürsorge auf Erhaltung der Zähne, Nasen und Ohren ein. Genosse Scharnberg brachte die gesundheitsgefährlichen Zustände des Schulzweites dienenden Miethauses in der Bielefeldstraße zur Sprache. Stadtschulrat Dr. Neufert mußte zugeden, daß das Gebäude nicht allen Anforderungen entsprechen. Trotzdem soll es noch mehrere Jahre im Gebrauch bleiben. — Eine lebhaft Debatte knüpfte sich an den Etat der Armenverwaltung. Der Staatsausfluß hat einige Positionen herabgesetzt, da es, wie der Referent ausführte, endlich an der Zeit sei, den stets steigenden Ausgaben eine Grenze zu ziehen. Stadtschulrat Sogel beantragte die Wiedereinstellung der Positionen. Genosse Hirsch unterstützte diesen Antrag und übte gleichzeitig scharfe Kritik an dem Verhalten der Mehrheit, durch deren Unterlassungsünden die Ausgaben der Armenverwaltung steigen und die dann erschreckt über das Anwachsen der Lasten ohne genaue Prüfung Abstriche machen will, um den wahren Sachverhalt zu verschleiern. Die Abstriche wurden schließlich in namentlicher Abstimmung mit 27 gegen 22 Stimmen genehmigt. Weiter richtete Genosse Sogel an den Magistrat die Anfrage, ob die von dem Reichstags-Abg. Antrid gegen die Edeleche Irrenanstalt erhobenen Beschwerden auf Wahrheit beruhen. Während der Magistrat auf die von der Behörde angeordnete Kontrolle verwies, sah sich Stadtschulrat Dr. Bauer zu einem Angriff auf die sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten veranlaßt, denen er vorwarf, daß sie oft unwahre Behauptungen aufstellen. Genosse Hirsch wies diesen Angriff in gebührender Weise zurück. Die übrigen Etats wurden ohne erhebliche Debatte erledigt. Der Dispositionsfonds beläuft sich nach den Beschläffen der Versammlung auf 182,900 M., der Zuschlag zur Staats-Einkommensteuer wurde auf 100 Proz. bemessen, die Gemeinde-Grundsteuer auf 2,3 pro Tausend des gemeinen Wertes.

Weiter ist von Interesse die Mitteilung des Magistrats, daß er den Beschläffen der Versammlung auf Erhöhung des Schulgeldes für einheimische Schüler der höheren Lehranstalten nicht beigetreten ist. In die gemischte Deputation, die zur Regelung dieser Fange eingesetzt ist, wurde u. a. Dr. Vorhardi gewählt.

Lichtenberg. Die Gemeindevahlen sind beendet. Während die dritte Wählerklasse das Wahlgeschäft trotz des „elendesten aller Wahlgesehe“ glatt erledigte, konnte im ersten Bezirk der zweiten Klasse die Wahlhandlung nicht zur festgesetzten Zeit (3 Uhr) eröffnet werden, weil außer dem Gemeindevorsteher nur die beiden sozialdemokratischen Kandidaten antwefend waren! Im zweiten Bezirk derselben Klasse war der Eröffnungsakt lebhafter, hier belämpften sich zwei Interessengruppen mit großer Liebenswürdigkeit: „Wahlfälschungen“, „Wahlbrauch von widerrechtlichen Vollmachten“, „Unwahrsheiten“, „Vogeleien“, ja selbst „falsche eidesstattliche Versicherung“ waren die Mittel, durch die sich die „geistigen“ Führer des Lichtenberger „Würgerturns“ die papierernen Wähler d. h. die ergatteten Vollmachten von auswärtig wohnenden Besitzern oder der Wittven von Besitzern am Orte einzuwenden abzufragen bemühten. Von den insgesamt abgegebenen 204 bürgerlichen Stimmen waren ein Drittel „papierene Wähler“. Auf unsere Parteigenossen entfielen 16 Stimmen. Gewählt wurden die Bürgervereiner Koch und Weigel und der Kandidat des „Verbündeten“ Grundbesitzer-Vereins Dr. Herr Köfer.

An der Zusammenkunft der Gemeindevertretung wird nichts geändert. Die Parteigenossen werden nach der noch vorzunehmenden Erziehungswahl wieder 8 Mandate (die ganze dritte Klasse) den 23 bürgerlichen entgegenstellen.

Aus Nizdorf. In der Wismannstr. 5 bedrohte der Handelsmann Hermann Schulze eine Frau, bei welcher er bettelte und die ihn abweis, mit Erstickten. Sch. wurde infolgedessen in Haft genommen. — Zahlreiche Taschendiebstähle sind in letzter Zeit auf dem Wochenmarkt am Rathaus-Platz vorgekommen, wesshalb die den Markt besuchenden Frauen hiermit gewarnt seien. Wähler hat man die Diebe noch nicht feststellen können. — Von der hiesigen Kriminalpolizei verhaftet wurde der Arbeiter Seegebarth aus der Plethenstraße. Derselbe war seit Jahren in einer Berliner Metallwarenfabrik beschäftigt und hat diese Gelegenheit benützt, um fortgesetzt Metalldiebstähle auszuführen. Das schlimmste an der Sache ist, daß lange Zeit andere Arbeiter in der Fabrik in falschen Verdacht gerieten und zum Teil auch entlassen wurden, obgleich man ihnen keine Unredlichkeit nachweisen konnte. Auf S. der sich bei der Fabrikleitung „liebes Kind“ zu machen verstanden hatte, war nie ein Verdacht gefallen und nur durch einen Zufall kam die Sache ans Tageslicht. Ein Produktenhändler, welcher der Abnehmer des gestohlenen Metalls war, wurde wegen gewerbsmäßiger Hehlererei verhaftet.

Pankow. Das im vorigen Jahre von der Gemeinde Pankow angekauft Rittgerut Wäldchen wird bis zum Herbst dieses Jahres zu Kieselwäden eingerichtet sein. Da der Regierung sämtliche Pläne zur Genehmigung eingereicht sind, so wird sofort nach der Genehmigung des Projektes mit dem Lege des Druckrohrs begonnen werden. Zunächst sollen auf dem Gute selbst 94 Hektar optiert werden, die Optierungskosten stellen sich pro Hektar auf 1149 M., zusammen auf 108 000 M. Das Druckrohr, welches einen Durchmesser von 50 Centimeter hat, hat eine Gesamtlänge von 13 105 Meter und ist bereits auf dem Submissionswege aufgeschriebenen. Die benachbarten Gemeinden, durch welche das Druckrohr hindurch geführt werden mußte, stellen so exorbitante Forderungen, daß die Gemeinde Pankow in Unterhandlung mit dem Eisenbahndirektor trat, um das Druckrohr längs des Schuttfreifens der Nordbahn bis zur Reinickendorfer Liebenwalder Privatbahn und abdam längs des Schuttfreifens auch dieser Bahnstrecke auf das Kieselwäde zu führen. Die Kontrakte mit beiden Bahnen sind bereits abgeschlossen. In den letzten Wochen ist nun nachträglich die Gemeinde Reinickendorf mit dem Wunsche an Pankow herangetreten, auch ihrerseits die Abwässer auf Pankower Kieselwäde abzuführen; obwohl ein förmlicher Vertrag noch nicht abgeschlossen ist, so haben beide Gemeinden sich in den grundsätzlichen Fragen bereits dahin geeinigt, daß Pankow die Reinickendorfer Abwässer gegen eine jährliche Entschädigung, deren Höhe noch nicht feststeht, bis zu dem Zeitpunkt mitnimmt, wo beide Gemeinden zusammen 80 000 Einwohner haben. Da beide Gemeinden zur Zeit ca. 45 000 Einwohner haben, so wird es noch lange dauern, ehe die oben angeführte Einwohnerzahl erreicht ist. Auch sonst ist der Vertrag bedeutend günstiger für die Gemeinde Reinickendorf aufgestellt, als der seiner Zeit vollzogene Vertrag zwischen der Stadtgemeinde Berlin und Nieder-Schönhäusen.

Neu-Weißensee. Der Haushaltsplan für 1903 liegt im Gemeindefürsorgebureau zur Einsicht für die Ortsangehörigen öffentlich aus. Aus demselben ist zu ersehen, daß der Zuschlag zur Einkommensteuer von 170 Proz. auf 165 Proz. ermäßigt werden soll. Der Zuschlag zur Gewerbesteuer wird von 255 Proz. auf 247 1/2 Proz. herabgesetzt, ebenso wird die Gemeindegewerbesteuer von 4 pro Mille auf 3,75 pro Mille erniedrigt, während der Zuschlag zur Betriebssteuer auf 100 Proz. normiert verbleibt. Ferner ist zu ersehen, daß außer der schon erwähnten Gehaltsregelung der Beamten den Lehrern eine Erhöhung der Pensionsentschädigung gewährt werden soll, und zwar für die verheirateten Lehrer von 420 auf 475 Mark, den unverheirateten Lehrern von 210 auf 275 Mark, ebenso für die Lehrerinnen von 250 auf 275 M. Den Rektoren soll dieselbe von 500 auf 540 M. erhöht werden. Letztere hatten beantragt, das Grundgehalt zu erhöhen, was anscheinend abgelehnt ist. Die Lehrerschaft, welche an die Gemeindevertretung petitionierte, die Pensionsentschädigung infolge der rapid in die Höhe gegangenen Mietpreise um 100 M. zu erhöhen, ist demnach ebenfalls nicht zu ihrem Recht gekommen, trotzdem sie noch in letzter Stunde verlangte, mit der Beamtenkolonie der zweiten Klasse gleichgestellt zu werden. Im übrigen soll es in der Stadtvorberathungskommission arg veräppelt haben, daß die Lehrerschaft bereits vor Zukraftreten der neuen Besoldungsordnung Kenntnis davon hatte und man soll eifrig bemüht gewesen sein, den — Vertreter zu finden.

Eingegangene Druckschriften.

14. Jahresbericht des Arbeiter-Sekretariats Berlin (Berliner Gewerkschaftskommission) und Jahresbericht der Berliner Gewerkschaftskommission pro 1902. 115 Seiten.
Kaufmännischer Briefsteller in Deutsch und Spanisch. 43 Seiten. Preis 2 M. Verlag: Emil Reister, Berlin S., Gröfze, 65a.
Dr. Max Thal. Antiferech. Frauenfrage und Weltanschauung. 170 Seiten. Preis: Gebunden 2,50 M., gebunden 3,50 M. Breslau 1903. Verlag von E. Schönländer, Schöneberg-Verlags-Anstalt.
Georg Sulzer. Aufsatz über Epistolismus. 77 Seiten. Preis 1 M. Druck und Verlag von Karl Rohm in Vorch (Würtemberg).
Dr. Th. Schiemann. Deutschland und die große Politik Anno 1902. II. Bd. 466 Seiten. Preis: brosch. 6 M., gebd. 7 M. Berlin 1903. Druck und Verlag von Georg Reimer, Lohwitzer, 107/8.
1. Jahresbericht des Badener Arbeiter-Sekretariats in W. wasser für das Geschäftsjahr 1902, erstattet vom Arbeiterssekretär Ernst Stieberg. 32 Seiten. Druck von Th. Schönländer, Breslau.
Hermann Martin. Das Wahlrecht in Deutschland und das Unrecht im Schaffen. 78 Seiten. Preis 80 Pf. Berlin 1903. Verlag von Emil Schömann u. Co., Hedenmannstr. 9.
Central-Kommission für Bauarbeiter. Bericht an den Zweiten Bauarbeiterkongress zu Berlin im März 1903. Von G. Heine, Sekretär der Central-Kommission. 149 Seiten. Hamburg 1903. Druck und Verlag von Auer u. Co.
Central-Verband der Maurer Deutschlands. Bericht des Verbandes an den Siebenten ordentlichen Verbandstag zu Berlin im April 1903. 83 Seiten. Hamburg 1903. Verlag von Theodor Sommerburg.
Dr. Bernhard Juchs. Kaiser Wilhelm, Professor Delitzsch und die Babylonische Bevölkerung. 55 Seiten. Preis 75 Pf. Verlag der „Communion moderner Schriftsteller“, Wien XVIII, Sternwartest. 45.
Dr. Ludwig Voigt. Die Organisation des kaufmännischen Unterrichts. Referat in Frankfurt a. M. 27 Seiten. Frankfurt a. M. 1903. Krefeldingische Buchverlagung (C. v. Wagner), Gochfeld, 33.
G. v. Harnisch-Behnhausen. Ein Mahnwort zur Reform des Einlösenrechts. Gesehes vom 24. Juni 1891. 32 Seiten. Preis 60 Pf. Berlin 1903. Verlag von Volkammer u. Wählrecht.

Seinr. Falkenberg. Katholische Selbstvergiftung. 72 Seiten. Revellat (Athen) 1903. Duxton u. Becker, Verleger des heiligen Apostolischen Stuhles.

Briefkasten der Redaktion.

J. Z. 41. 1. Erlauchen Sie die Herren Friedreich in Südbende, Mittel-Strasse 3, oder H. Hoffmann, Plamenschtr. 14, Ihnen darüber sichere Auskunft zu geben. 2. Sonntag. — Meran. W. M. wohnt Berlin, Friedenstr. 13. — Zimmermann. Preussisches Kriegsministerium, Kehlgerstrasse. — W. R. 30. 1. Norddeutscher Lloyd, Ausfahrtstelle Invalidenstrasse, am Stettiner Bahnhof. Ferner Kiel (Reisebureau), Unter den Linden 57, 2. Reim.

Juristischer Teil.

Die juristische Zurechnung findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

G. S. Kuffhäuserstrasse, J. Z. Reim. — S. S. 21. Der Besetzung kann angenommen werden. — Max W. Reim. Kinder sind Eltern gegenüber rechtlich (§ 1603 B. G. B.) nur dann und nur soweit unterhaltspflichtig, als sie bei Verschickung ihrer sonstigen Verpflichtungen im Stande sind, ohne Gefährdung ihres (und ihrer Familie) standesmäßigen Unterhalts den Unterhalt zu gemahren. Zu solchen Kindern gehören Sie nicht. Außerdem ist die Armenverwaltung nicht berechtigt, Ertrag des von ihr als Armenverband gezahlten zu verlangen; allerdings herrscht hierüber Streit. Endlich würde die Rückzahlung in Raten von den Folgen des Empfangs von Armenunterstützung nicht befreien. Aus diesen Gründen läßt sich nur der Rat wiederholen: Eine Verpflichtung zur Zahlung der Armenverwaltung zu befreiten und diese auf den Weg zu verweisen. — S. H. 26. Wegen Steuerstände ist der Lohn in voller Höhe beschlagnahmefähig, wenn die Beschlagnahme nicht später als drei Monate nach der Fälligkeit der Steuern erfolgt. — B. B. 9. Reim. — B. B. 42. Der Vertrag ist nicht gültig, weil der Vater dem Vertrag nicht zugestimmt, ihn auch nicht genehmigt hat und es sich um einen Ehevertrag handelt. — J. W. 100. Ein Beschäftigungsangebot für Bauhandwerker oder Bau-Unternehmer erlischt nicht, Konvention und

Chirurgische Wünsche die Einführung eines solchen für Unternehmer über die Einzelheiten sind sich die Leute unklar. — N. Apelt. Bis zum Ersten, nicht darüber hinaus, hat die Gesellschaft ankommen. Sie kann nicht gezwungen werden, Krankenhausbehandlung zu gewähren. Krankenfallversicherungspflichtig ist das Gebilde in Preußen nicht. — 666. 1. und 2. Senden Sie sich direkt an die Caritas oder an die Einbindungsamkeit Antiklerikal. 20. 3. Das Amtsgericht nennt einen Vormund. — Comptoirist. Nicht das Gewerbegericht sondern das Amtsgericht ist zuständig. Ihnen liegt eine Kündigungsbill von sechs Wochen zum Quartals-Ersten als Handlungsbefehl zu.

Briefkasten der Expedition.

J. A. Chemnitz. Ist und nicht bekannt. Die Bestellungen gehen sämtlich an das Post-Zeitungsamt Berlin.

Witterungsübersicht vom 26. März 1903, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometere-höhe mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in Grad C, Stationen, Barometere-höhe mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in Grad C. Rows include: Eutin, Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien, Saparanda, Götterburg, Corf, Aberdeen, Paris.

Wetter-Prognose für Freitag, den 27. März 1903.

Barm und zeitweise heiter, aber veränderlich bei mäßigen südlichen Winden und etwas Neigung zu Gewittern. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 27. März. Anfang 7 1/2 Uhr: Opernhaus, Nymon. Schanzelhaus. Ein Sommer-nachstrom. Deutsches. Roma Banna. Berliner. Alt-Heidelberg. Puffing. Der wilde Postlager. Neues. Die Kreuzschiffel. Reuben. Kull. (Loue). Westen. Fra Diavolo. Central. Gräfin Pepi. Thalia. Der Posaunenengel. Anfang 8 Uhr: Schiller O. (Wallner-Theater). Don Gil. Schiller N. (Friedrich-Bilchowsk. Theater). Der Meister von Palma. Belle-Alliance. Bid und Pofet. Carl Weik. Der Liebe Gebot. Bantes. Der Leibalte. Luffen. Faust. (1. Teil). Kleines. Nachspiel. Trianon. Die Rotbrücke. Casino. Berliner Herzen. Specialitäten. Metropol. Neues! Erneutes! Apollo. Die schöne Galathée. Wintergarten. Specialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Steidl. Steidl-Sänger. Passage-Theater. Specialitäten. Passage-Panoptikum. Specialitäten. Palast. Meine Best. Specialitäten. Urania. Taubenstrasse 48/49. Anfang 8 Uhr: Invalidenstrasse 57/62. Central-Theater. Abends 7 1/2 Uhr: Gräfin Pepi. Operette in 3 Akten von Joh. Strauß. Sonntagnachmittag 3 Uhr, halbe Preise: Die Schöne von New York. Abends 7 1/2 Uhr: Gräfin Pepi. Thalia-Theater. Dresdenstr. 72/73. Täglich 7 1/2 Uhr. Der Posaunenengel. Stadtsingschule mit Gesang u. Tanz. Gr. Tanzparaden. Artisten-Revue. Thielcher als Spreewälder-Ammen. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Maria Stuart. Luisen-Theater. Faust (1. Teil). Anfang 8 Uhr. Morgen: Lumpenbrot. Sonntag 3 Uhr: Der Fall Clément. 8 Uhr: Robert und Vertram. Montag: Lumpenbrot. Residenz-Theater. Direction: Sigmund Lautenburg. Abends 7 1/2 Uhr: Lutti (Loue). Schwan in 4 Akten von Pierre Leber. Morgen und folgende Tage: Lutti. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Seine Kammerzofe. Casino-Theater. Lohringstr. 37. Zum letztenmal: 9 1/2 Uhr: Berliner Herzen. 8 Uhr: Die brillante Specialitäten zc. Sonntags, 1. Teil: Clément. 2. Teil: Robert u. Vertram. Carl Weiss-Theater. Abends 8 Uhr: Der Liebe Gebot. Schauspiel in 5 Akten. Morgen: Der Liebe Gebot.

Urania.

Taubenstrasse 48/49. Abends 8 Uhr: Photographie in natürlichen Farben (durch Wald und Fluß). Sternwarte. Invalidenstrasse 57/62. Passage-Theater. Anfang Sonnt. 3. Wochent. 5. Ende 11 Uhr. Anf. Abendvorstellung 8 Uhr. Boxkampf des amerikanischen Meisterschaftsboxers Young Fitzsimons und des austral. Preisboxers Jack Lewis. Bernhard Marx, Humorist. Marie Werder, Soubrette. Ganz Berlin zerbricht sich noch immer den Kopf über die schwebende AGA Jungfrau. Belle-Alliance-Theater. Täglich 8 Uhr: Sensationeller Erfolg! „Pick und Pocket“. Schwan mit Ges. u. Tanz in 3 Akten. Sonntagnachmittag 3 Uhr zu kleinen Preisen: Kabale und Liebe. Kleines Theater. Unter den Linden 44. Anfang 8 Uhr. Nachtasyl. Bunter Theater. Der Leibalte. 31. März: Opern-Aufführung des Eichelbergischen Konservatoriums: Cavalleria rusticana. Hänsel und Gretel. Billa. an der Tageskasse. Trianon-Theater. Georgenstrasse, zwischen Friedrich- u. Invalidenstrasse. Die Rotbrücke. Lustspiel in 3 Akten von Fred Gröber und Francis de Croisset. Anfang 8 Uhr. Sonntag 3 Uhr: Die Liebesschaukel. Metropol-Theater. Mit glänzender Ausstattung: Neues! Allerneuestes! Revue in 5 Bildern von J. Freund. Musik von Victor Holländer. Emil Thomas a. G., Josef Josephi. Henry Bender. Frid Frid, Flora Siding, Wini Grabit. 300 Mitwirkende. Grandioses Ballett. Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet. Steidl-Theater. Zintenstr. 132. Dramen-burger Theat. Nur noch kurze Zeit die Saisons der beliebten Steidl-Sänger. Man muß das Steidische Lebensbild Wasserratten gesehen haben. Stürm. Beifall. Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pfg. Sperrst. 1,00.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Freitagabend 8 Uhr: Don Gil. Komödie in 4 Akten nach den Motiven des Tirso de Molina von Fr. Adler. Sonnabendabend 8 Uhr: Das zweite Gesicht. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Wilhelm Tell. Sonntagabend 8 Uhr: Der Probekandidat. Nur noch kurze Zeit. Schiller-Theater N. (Friedrich-Bilchowsk. Theater). Freitagabend 8 Uhr: Der Meister von Palmyra. Dramatische Dichtung in 5 Akten von Adolf Wilbrandt. Sonnabendabend 8 Uhr: Der Meister von Palmyra. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Heimat. Sonntagabend 8 Uhr: Der Meister von Palmyra.

Cirkus Schumann

Freitag, den 27. März 1903, abends 7 1/2 Uhr: Ausser dem phänomen. Programm: Die Sensationsdressuren des Direktor Alb. Schumann. Miss Alix mit ihrem Motor Car Looping the Hoop und Die lustige Heidelberger Pantomime. Sonntagnachmittags die beliebte Kinderpantomime Pierrots Weihnachten mit dem Bombenregen und Miss Alix mit Motor Car.

Reichshallen.

Stettiner Sänger. Anfang: Sonntag 7. Bogenstr. 8 Uhr. S. Gall: Anna Pote, das Blumen-Medium.

Apollo-Theater.

Heute und Die schöne Galathée. Sonntag: Um 9 1/2 Uhr: Glänzende Specialitäten. Cake-Walk. 5 Barfussanzwärtinnen. Sonnabend: Lysistrata. Sonntagnachmittag: Frau Luna. In Vorbereitung: Gesindeball. Gesangs-Burleske. Bernhard-Rose-Theater. Badstr. 58. Freitag, den 27. März 1903: Letzte Extra-Vorstellung: Hinko oder: König und Freituch. Volks-Schauspiel in 5 Akten u. einem Vorspiel von Ernst Friedrich-Weißer. Anfang 8 Uhr. W. Noacks Theater. Direction: Robert Dill. Brunnenstrasse 16. Berlin, wie es weint u. lacht. Volksstück in 5 Akten u. 1. Teil. Sonntagabend: Auftreten des Direktors Rob. Dill als Trompeter von Säckingen.

Palast-Theater

Burgstr. 22. Früher: Feen-Palast. 9 Uhr. Meine Best. Volksstück mit Gesang von D. Schulz. Musik von Herzen. Nur noch wenige Tage: Mary Ellys und Das Elite-März-Programm. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Anf. 8 Uhr, Sonnt. 7 Uhr. Entree 50 Pf.

Bernhard-Rose-Theater

Badstr. 58. Freitag, den 27. März 1903: Letzte Extra-Vorstellung: Hinko oder: König und Freituch. Volks-Schauspiel in 5 Akten u. einem Vorspiel von Ernst Friedrich-Weißer. Anfang 8 Uhr.

Etablissement Buggenhagen

am Moritzplatz. Jeden Tag: Der schöne Max aus Franz-Budholz. Scene: Bobbierfest. Im Kaiser-Saal: Norddeutsche Sänger und Tanz.

W. Noacks Theater.

Direction: Robert Dill. Brunnenstrasse 16. Berlin, wie es weint u. lacht. Volksstück in 5 Akten u. 1. Teil. Sonntagabend: Auftreten des Direktors Rob. Dill als Trompeter von Säckingen.

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3. Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei. Grosser Bock-Trübel. Um 10 Uhr abends Einzugs Cambrinus mit Gefolge.

WINTERGARTEN

Hamberty, Harry Atkinson, Sho, Little Carlsen, Arras-Duo, gymnast. Produktionen. Miss Sisy Nirvana, Lebende Bilder. Circling the Circle. Operetten-Sängerin. Annie Dirken, Gabriella Juniori, Pariser Soubrette. Neues Ballett-Divertissement. „Das Fest des Lucullus“ in 6 Bildern, darunter Cake Walk. Der „Biograph“.

Gratweils Bierhallen

Theater u. Variété. Romanbanten - Strasse 77/79. Direction: Carl Haverland. Täglich: Gr. Vorstellung. Das grosse amüsante März-Programm. Nur allererste Kunstkräfte. Anfang der Vorstellung 8 Uhr. Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung: TANZ. Sansouci. Jeden Donnerstag, Sonntag und Montag: Hoffmanns Norddeutsche Sänger. Nach jeder Solice: Tanz-Kränzchen. Reu! Stoß Dir Kopf nicht'n Kopf an die Hochbahn. Süle zu Festlichkeiten.

Königstadt-Kasino.

Holzmärktstr. 72. Ute Alexanderstr. Erstklassige Specialitäten. Ich heirate meinen Mann. Franz Sobanski. Wiltm., Sonnab., Sonnt.: Tanz.

Frische Blut- und Leber-Wurst

in bekannter tadelloser Qualität. Rich. Augustin, Lindenstr. 69. „Vorwärts“-Haus, Frühstücks- und Mittagstisch, Sitzungszimmer.

Berliner Hausbräu. Brauerei Bavaria. Berlin N.O. Bahmannstr. 28. Fernspr. VII, 3700. Rein Malchenbrand.

Elixir Suédois

Schwedischer Magenbitter. nur aus edlen Acut., n. ein. 200 J. alten Borjart. hergestellt. Schützt vor Infuenza und läßt genossen, vor sonstigen Krauth., bel. Verdauung, macht gesunde Gesichtsfarbe bis ins hohe Alter. 29255. Preis 1 Mark. Bert. Friedrichstrasse 245, II.

Charlottenburg.

M. Scherberg 1882. Wilmersdorfer Strasse 127. Uhrmacher und Goldarbeiter. Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu äußerst billigen Preisen. Optische Artikel. Dürstiger werden schmerzlos getrieben.

Herren-Kragen.

— reinleinen, garantiert 1fach, — verschiedene Facons in allen Beiten, Stück 15 Pf., so lange der Vorrat reicht. — Geschlossene Kragen — per Dutzend 3 Mk. und 3 Mk. 50 Pfg. Manschetten, Prima, garant. 1fach 1/2 Dutzend 1.80 Mk., Oberhemden, Servileurs, Kravatten, in größter Auswahl, Turtotagen, Strümpfe, Hosenträger, Handschuhe. Detailverkauf zu Engrospreisen. Ernst Marcuse, Münzstr. 23.

Möbel Hugo Lewent's Wwe.

Chausseest. 82. Alle Gummiwaren! Irrigatorbecher 0,45 do. Canille 0,65 Irrigatoren kompl. 0,90 Gummi-Unterlagen rot, grau 0,50 Wasserdrücker Oel-tuch für Büdnereyen 1,80 Inhalat-Apparate 1,25 Stechbecken von 1,80 Damenbinden Duzend. 0,50 Zinnspritzen mit geb. Rohr . . . 1,70

Reste

Spottbillig für elegante Herrenanzüge, Paletots, Kinder-Anzüge usw. Tuchfabrik-Niederlage Koch & Seeland, Berlin C, Köpfer. 2. Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41. Specialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 3-7. Sonntags 10-12, 2-4

Richard Müller.

Richard Müller, Regnherrstr. 17. im Alter von 48 Jahren nach langem schmerz. Leiden am 24. März 1903 entlassen. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 28. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. Die trauernden Hinterbliebenen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin). Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlichter Richard Müller am 24. d. M. gestorben ist. Erhe seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Hermannstrasse, aus statt. 114/5. Regte Beteiligung erwünscht. Die Ortsverwaltung.

Sophie Schulz

geb. Weinandt. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. März, von der Leichenhalle der Charlité aus nach dem Charlité-Kirchhof statt. Karl Schulz.

Alex Hasse

im 38. Lebensjahre nach langem Leiden am 25. März 1903 entlassen. Die trauernden Hinterbliebenen.

Ewald Becker.

Helene Becker, geb. Vlogass. Fritz Heuser, Pflanzstr. 11/17. Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrerverein

„Berlin“. Sonntag früh 1/2 Uhr: Ehemalige Bräute nach Eichenbors bei Eichenbors. Lokal: Franz Blicher. Bundesvereine aus der Umgegend werden erucht, an dieser Tour teilzunehmen. Frühstück in Müggelheim. Nachmittags 2 Uhr: Ehemalige Bräute nach Eichenbors bei Eichenbors. Donnerstag: Generalversammlung bei Perlewas, Andradstr. 26. Vortrag des Gen. Dr. Paul Bernstein über „Die Hygiene des Radfahrens“. Um persönliches Erscheinen der Mitglieder ersucht dringend 11/17 Der Vorstand.

Aufforderung.

Der Zimmermann Peter Ferdinand August Modler, geboren zu Teubl bei Neuenburg, Westpreußen, früher wohnhaft in Reuthal bei Neuenburg, resp. dessen Angehörige werden hiermit ersucht, ihren Aufenthaltsort anzugeben. Dieselben haben Rechte an der Lebensversicherung des Genannten erworben. Brieffliche Mitteilungen unter N. 2 an diese Zeitung. 168

Das Blumenmedium vor Gericht.

Vierter Tag.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichts-Direktor Garb... Bittet Rechtsanwalt Dr. Schwandt, der Angeklagten Gelegenheit zu geben, darzulegen, daß sie schon früher vor der Bekanntschaft mit Jentisch spiritistische Manifestationen produziert und niemals Entgelt dafür verlangt hat.

Darauf wird die Zeugenvernehmung fortgesetzt.

Ein Forscher des Occultismus.

Die Geistesbesitzer Karl Volkewitz hat als Occultist, der auf dem Standpunkte des Forschens steht, mehreren Sitzungen gegen Bezahlung beigewohnt. Er hat niemals etwas bemerkt, was auf Schwindel hindeuten könnte.

Der Zeuge Rechtsanwalt Lehmann hat zwei Sitzungen mitgemacht. Am 17. Juni 1900 hatte er seinem Bekannten Volkewitz zu Liebe eine solche Sitzung in seiner eigenen Wohnung veranstaltet, die zweite fand am 2. September 1900 bei dem verstorbenen Thron statt.

Rebelererscheinungen.

Frau Geishe, eine torpulsive, gesundheitsfrohe Frau, ist Mitglied der christlich-theosophischen Gesellschaft und bekundet, daß bei den Sitzungen alles ohne Betrug zugegangen sei. Sie sei voll und ganz davon überzeugt, besonders charakteristisch war beispielsweise folgender Vortrag: Alle Teilnehmer, so sagt die Zeugin, hatten schon Apporte erhalten, bloß ich nicht.

Eine falsche Prophezeiung.

Die nächste Zeugin, eine Frau Seiffert, ist eine überzeugte Spiritistin und hat im Verein mit ihrem Ehemann verschiedene Sitzungen in ihrer Wohnung abgehalten. Ihr Ehemann hat genaue Protokolle darüber geführt. Auch sie erzählt Wunderdinge aus diesen Sitzungen, hat alle Manifestationen für echt gehalten und hält auch heute noch die Nothe für ein echtes Medium.

Ein Ei im Selterwasser.

Die Zeugin bleibt dabei, daß sie die Manifestationen unterschieden für echt halte und erwähnt noch: Frau v. Nolte, eine überzeugte Spiritistin, war bei jeder Sitzung zugegen; ihre älteste Tochter soll selbst ein Schreiblettmedium sein.

Spiritistische Exzellenzen.

Rechtsanwalt Dr. Schwandt (zur Zeugin): Ist die Frau v. Nolte die Exzellenz v. Nolte in Potsdam? — Zeugin: Ja wohl, sie wohnt jetzt am Königsplatz. — Vert.: Diese Dame war öfter da? — Zeugin: Sie fehlte fast bei keiner Sitzung.

Die bösen Skeptiker.

Der sechzigjährige Heilgehilfe und Magnetiseur Hugo Sperling behauptet, daß wenn die Harmonie nicht gestört war, die Manifestationen der Frau Nothe brillant von statten gingen.

Präs.: Was gehört denn zur Herstellung der Harmonie? — Zeuge: Es darf kein verblissener Skeptiker dabei sein. — Präs.: Es ist doch wunderbar, daß in der Sitzung, in der die Entlarbung stattfand, trotz der Anwesenheit der Skeptiker die „Harmonie“ hergestellt war.

Eine Frau Sörcke hat zwei Sitzungen beigewohnt und schon in der ersten Sitzung einige Zweifel gehabt. Jetzt glaubt sie nicht mehr an die Echtheit der Manifestationen.

Eine Mutter-Trance-Rede.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung äußert sich Oberarzt Dr. Henneberg über die Trance-Reden der Angeklagten an der Hand eines Stenogramms, das in der Charité aufgenommen ist. Nach der Wahrnehmung des Sachverständigen waren die Trance-Reden gleichmäßig und einformig und es fiel auf, daß Frau Nothe immer sehr schnell in Trance verfiel.

Der Sachverständige über den Trance-Zustand.

Der Sachverständige hält es für absolut ausgeschlossen, daß diese Reden auswendig gelernt sind. Sie sind ganz wertlose Produktionen, der Inhalt ist diffuser Natur, häufig ist er auch direktionslos.

Vert.: Hält es der Herr Sachverständige für möglich, daß die Angeklagte in der Entlarbungssitzung tatsächlich den verstorbenen Vater des Herrn v. Krafft gesehen hat? — Dr. Henneberg: Eine wissenschaftliche Beantwortung dieser Frage ist im Einzelfalle nicht möglich.

Tischrücken überhaupt für distabel? — Dr. Henneberg: Beim Tischrücken waltet gar nichts mysteriöses ob, es erklärt sich einfach daraus, daß ganz bestimmte Vorstellungen unbewußt auf unsere Bewegungen einwirken.

Allerhand Schwindelmanöver.

Der nächste Zeuge ist der aus der spiritistischen Bewegung bekannte Redakteur Gerling, der seiner Zeit in der Versammlung in der Tonhalle dem Prediger Riemann und dem Rechtsanwalt Bohn zu Gunsten der Nothe entgegengetreten ist.

Eine Entlarbung.

Einer mir bekannten Dame, Frau Wagner, gelang es, möglichst nahe an Frau Nothe heranzukommen und sie beobachtete nun, daß hinter dem Rücken der beiden Damen die Blumen bereit gelegt waren.

Jentisch die Seele des ganzen Unternehmens.

Zwischen Jentisch und der Nothe waltete eine Art mnemotechnischer Verbindung ob, Jentisch war der Leiter der ganzen Sache. Sie muß ihre Trancereden in einer Art Halbhypnose gehalten haben.

Medien sind eitel

und so wollte die Nothe nicht nur ein Blumen-, sondern auch ein Schreib-Medium sein. Sie ließ einen Geist auf ein Blatt schreiben: „Nieder Bruder, kämpfe für uns!“

„Primus“-Prozess. Hamburg, 26. März. In der heutigen Sitzung behandelte Kapitän Harms und der Besitzer des „Primus“, Kapitän Videnpad, das, soweit das nördliche Fahrwasser frei sei, alle elbseitigen kommenden Dampfer in daselbe steuernde. Kapitän Videnpad bezeichnete den Kapitän Peters als einen nüchternen, besonnenen und fähigen Schiffsführer. Von der Verlesung des Protokolls der gestern stattgehabten gerichtlichen Augenscheinnahme wurde Abstand genommen.

Die Bezeichnung „Kurfürster“ ist beleidigend. So entschied in der Berufungsinstanz im Prozesse des bekannten Naturheilkundigen Canig gegen Dr. Joachim, der in der ersten Instanz freigesprochen worden war. Der Verteidiger des Klägers Canig, Rechtsanwalt Holz, wies besonders darauf hin, daß der Kläger als Führer der Berliner Naturheilbewegung schon seit 15 Jahren die Sache in lauterster Weise vertreten und wenn in einem Erkenntnis des Ehrengerichtshofes erklärt werde, die Bezeichnung „Kurfürster“ sei deshalb nicht beleidigend, weil sie in Kertzeireisen üblich sei, so könne dies nicht als maßgebend erachtet werden, da es kein ordentlicher Gerichtshof sei. Der Gerichtshof erkannte dahin, daß die Bezeichnung „Kurfürster“ in allen Fällen beleidigend sei. Im vorliegenden Fall trete die Beleidigende Absicht noch schärfer hervor, weil der Beklagte in dem beanstandeten Artikel in der „Berliner Ärzte-Korrespondenz“ den Kläger einen ber... Kurfürster genannt habe. Der Beklagte sei deshalb kostenpflichtig zu 30 Mark Geldstrafe und zur Publikation in der „Berliner Ärzte-Korrespondenz“ verurteilt worden.

Verfassungen.

Adlershof. Der socialdemokratische Wahlverein hielt am 19. d. M. eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab, in welcher Waldeck Manasse über die Bedeutung des 18. März sprach. An Stelle des nach außerhalb ziehenden 1. Vorsitzenden wurde Latwin und für den dadurch freigewordenen Posten eines Revisors der Zeitungsredaktion Kofinsky gewählt. In Aussicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen wurde ein Komitee gewählt, dem Driest, Kurth, Wölselmann, Trentel, Schuberl und Gildbrandt angehören und welches in Gemeinschaft mit dem Vorstand das Reichstagswahlkomitee bilden soll. Hierauf erfolgte durch den überwachenden Beamten die Auflösung der Versammlung wegen Eintritts der Polizeistunde. Wahrscheinlich stößt sich unser Amtsvorsteher an der Form der Einladung zu unsren Versammlungen, welche durch Verbreiten von Handzetteln im ganzen Orte erfolgt, wodurch er Mitglieder-Versammlungen zu öffentlichen Stempeln. Am wurde aber, um den Charakter einer geschlossenen Vereinsversammlung zu wahren, am Eingang des Saales gewissenhafte Kontrolle geübt, wodurch festgestellt wurde, daß außer einigen eingeführten Gästen nur Mitglieder anwesend waren. Schon bei Eröffnung der Versammlung wurde den auf ausdrücklichen Rat des Amtsvorstehers im Nebenraum untergebrachten Frauen eine unliebsame Ueberwachung zu teil, indem auf Befehl des überwachenden Beamten die Saalthür zugemacht werden mußte. — Der Geist des Herrn v. Dypen scheint immer noch sein Wesen zu treiben.

Lichtenberg. Eine außerordentlich stark besuchte Volksversammlung hörte am Montag einen Vortrag des Genossen Stadthagen über den bevorstehenden Reichstagswahlkampf. Durch reichen Beifall wurde die Versammlung ihre Uebereinstimmung mit dem Abgeordneten des Kreises. Grauer sprach sodann über die Gemeindevahlen und erstattete namens des Wahlkomitees Bericht.

Reuenhagen a. d. Ostbahn. Am 22. d. M. tagte in Bruchmühle eine Volksversammlung, in welcher Stadthagen über die Reichstagswahlen und ihre Bedeutung referierte. Gegen 400 Männer und Frauen, darunter zahlreiche Landarbeiter, füllten Schulter an Schulter gedrängt den Saal, während zahlreiche Besucher keinen Einlaß fanden. In 1 1/2 stündiger, oftmals von stürmischem Beifall unterbrochener Rede theilte unser Genosse Stadthagen die heutige Gesellschaftsordnung und wies nach, was die arbeitende Bevölkerung zu erwarten habe, wenn auch in zukünftigen Reichstags die Brotwucherer wiederum die Weisheit bekämen. In der Diskussion machte Jäde auf die Zustände in der heutigen Volksschule aufmerksam, während Lehner sich eingehend mit der am 20. d. M. in Reuenhagen stattgefundenen konservativen Versammlung beschäftigte, in welcher Herr Pastor Schall referiert hatte, wo wir aber, nachdem Genosse Lehner kaum fünf Minuten gesprochen hatte, des Saales verwiesen wurden.

Vermischtes.

Explosion. In der Eiermaschinen Aluminium- und Bronzezfabrik in Reumühle bei Stein entstand gestern mittag durch Warmlaufen von Aluminium beim Mahlen eine Explosion. Neun Arbeiter wurden durch Brandwunden schwer verletzt, darunter vier lebensgefährlich. Das Gebäude wurde stark beschädigt.

Durch eine Feuersbrunst wurde das Ayl für Obdachlose in Lhon zerstört. Das Feuer griff mit solcher Schnelligkeit um sich, daß die 85 Insassen nur mit großer Mühe gerettet werden konnten.

Dünkirchen, 26. März. In der Käse von Dünkirchen kenterte gestern ein Fischerboot; die vier Insassen ertranken.

Schiffskatastrophe. Bei Brundhausen stieß in vergangener Nacht der englische Dampfer „Enith“ mit dem Hamburger Schleppdampfer „Johannes Körner II.“ zusammen. Letzterer sank. Der Steueremann des Schleppdampfers wurde gerettet, der Maschinist und der Deckmann sind ertrunken.

zweiten hohen Feiertage (Ostern, Pfingsten und Weihnachten) verlangt wird.

Der Verbandstag spricht sich dafür aus, überall, wo freie oder Zwangs-Gewerkschaften bestehen, Tarifgemeinschaften anzustreben.

In Bezug auf die Errichtung von gemeinschaftlichen Barbierstudien wurde beschlossen: Der 7. Verbandstag erblidit in der Errichtung von Betriebsgenossenschaften in unserm Berufe einen erheblichen sozialen Fortschritt für denselben. Abgesehen davon sieht er den Wert solcher Genossenschaften für den Verband selbst besonders darin gegeben, daß dieselben agitatorisch thätigen Gehilfen eine Existenzmöglichkeit bieten, und ist das letztere in der Regel nur von mit Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft errichteten Genossenschaften zu erwarten.

Am Schlusse des zweiten Verhandlungstages wurde Hamburg wiederum als Sitz des Vorstandes, Berlin als Sitz des Ausschusses bestimmt. Zum Vorsitzenden wurde Eghorn wiedergewählt. Die Wahl des Kassierers wurde dem Zweigverein Hamburg überlassen. Als Ort für den nächsten Verbandstag wurde Leipzig bestimmt. Am dritten Verhandlungstage hatte man sich mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu beschäftigen.

Aus der Frauenbewegung.

Ein armeliges politisches Gewächs.

So hatten wir die modernen Freisinnigen genannt bei Beurteilung des Vorkommnisses in Tüft, der Ausweisung der Frauen aus der öffentlichen Versammlung. Das ist der „Freisinnigen Zeitung“ zwar unangenehm, aber durch die Art, wie sie das Vorkommnis behandelt, beweist sie nur die Richtigkeit unsrer Charakteristik. Sie nimmt Veranlassung, den Wunsch nach bestimmten Instruktionen an die Polizeibeamten auszusprechen. Doch das geschieht echt freisinnig. Es kommt ihr gar nicht in den Sinn, darauf hinzuweisen, daß die Polizei überhaupt kein Recht hat, Frauen aus öffentlichen Versammlungen auszuweisen, vielmehr malt sich die Sache in der „Freisinnigen Zeitung“ so:

Offenbar hat die neuerliche Erklärung des Ministers des Innern über die begrenzte Zulassung von Frauen in politischen Versammlungen von den verschiedensten Auslegungen bei den Lokal-Polizeibehörden Veranlassung gegeben, und es ist daher dringend notwendig, den Polizeibehörden bestimmtere Instruktionen zu geben über die Zulassung der Frauen in solchen Versammlungen.

Die „Freisinnige Zeitung“ scheint also der Meinung zu sein, daß die Erklärungen des Herrn v. Hammerstein irgend welchen Einfluß darauf hätten, ob Frauen an öffentlichen Versammlungen teilnehmen dürfen oder nicht. Daran kann Herr v. Hammerstein aber durch seine Erklärungen nichts ändern, weil das gesetzliche unabweisliche Recht ist. Instruktionen an die Polizeibeamten wären zwar sehr nützlich, könnten sich aber nur in der Richtung bewegen, daß die Polizeibeamten instruiert würden, das Gesetz zu studieren und zu respektieren.

Das Verhalten der Tüftter Freisinnigen sucht die „Freisinnige Zeitung“ zu reäffertieren mit der Erklärung, es könne in vorliegenden Falle nur darauf an, daß die Versammlung auf alle Fälle aufgelöst worden wäre, wenn die Frauen blieben, gleichviel, ob der Beamte im Recht war oder nicht. Die Auflösung sollte vermieden werden, weil der Abg. Goldschmidt besonders zu einem Vortrage erschienen war. Wir können uns wohl Fälle denken, wo man sich ein Unrecht gefallen läßt, um eine Versammlung nicht zu gefährden. Das könnte berechtigt sein, wenn eine Versammlung unauflösbare wichtige Geschäfte zu erledigen hat, die ohne Mitwirkung der Versammlung nicht zu erledigen sind. Ein solcher Fall lag aber hier nicht vor. Es handelte sich um eine einfache Agitationsversammlung und der Zweck solcher Versammlungen leidet bei Oppositionsparteien niemals durch eine Auflösung. Wir würden uns in solchem Falle niemals einem Unrecht fügen. Wo es aber unvermeidlich ist, dann muß man es wenigstens in politisch würdiger Weise thun und mindestens gegen das Unrecht Verwahrung einlegen. Der freisinnige Herr in Tüft hat aber nach seiner eignen Erklärung nichts dergleichen gethan, sondern er hat das Auftreten des Beamten ausdrücklich als gefällig bezeichnet, indem er selbst sagt, er habe den Frauen auseinander-gesetzt, daß das Gesetz ihn zwingt, sie hinauszusenden. Daß ein moderner Freisinniger ein armeliges politisches Gewächs ist, kann also die „Freisinnige“ bezüglich des Herrn Innisch nicht entkräften. Und da wir aus der „Freisinnigen“ erfahren, daß auch Herr Goldschmidt in der Versammlung anwesend war, ohne gegen das Verlangen des Polizeibeamten zu protestieren und ohne den Herrn Innisch auf den allein richtigen Weg zu verweisen, so trifft das auch auf Herrn Goldschmidt zu. Und es trifft nach allem Befagten auch auf die „Freisinnige Zeitung“ zu; sagt sie doch zum Schlusse auch noch, sie hätte fast den Eindruck, daß die Socialdemokraten in Tüft die „Genossinnen“ veranlaßt hätten, in die Versammlung zu gehen und sich der Ausweisung zu widersetzen, um die große freisinnige Versammlung zur Auflösung zu bringen. Das setzt die Annahme voraus, daß die Ausweisung berechtigt und deshalb auf alle Fälle zu gewärtigen war. Solche Annahme ist bei Socialdemokraten nicht vorhanden. Wenn die Frauen Genossinnen waren (was wir nicht wissen), so wüßten sie, daß sie ein gesetzliches Recht hatten, in der Versammlung anwesend zu sein, daß sie niemals auf Grund des Vereinsgesetzes durch die Polizei, sondern höchstens auf Grund des Hausrechtes durch den Vorsitzenden ausgewiesen werden konnten. Daß sie das wußten, zeigt ihr Verhalten; daß sie hätten annehmen sollen, sie würden vom Vorsitzenden einer öffentlichen freisinnigen Versammlung auf Grund des Hausrechtes thatsächlich ausgewiesen werden — das ist wirklich sehr wenig schmeichelhaft für die Freisinnigen, wir haben aber nichts dagegen, wenn die „Freisinnige Zeitung“ sich und ihre Leute so selber zeichnet.

Frauenstudium. Nach einer Verfügung des württembergischen Kultusministers werden weibliche Personen, welche die für das Studium der Medizin und Pharmazie geforderte Schulbildung besitzen, als Hörerinnen zu akademischen Vorlesungen und Übungen zugelassen, unter der Voraussetzung, daß die Lehrer für den Besuch ihre dauernde Einwilligung geben. In besonderen Fällen ist die Genehmigung des Ministeriums erforderlich.

Zeit der Beschäftigungen des Zeugen über die Art, wie die Blumen aus einem Schitz des Kleides gekommen seien. Die Angeklagte müßte eben darauf bestehen, daß ein Polizeibeamter nach der Wohnung ihrer Tochter geschickt werde, damit konstatiert werde, daß sie überhaupt kein Kleid mit einem Schitz an der von dem Zeugen bezeichneten Stelle besitzt. — Auf eine ganze Reihe von Fragen des Rechtsanwalts Dr. Thiele erklärt der Zeuge, daß er die Nothe nicht mehr für ein echtes Medium halte. Nach seiner Ansicht habe Jentsch sie hypnotisiert und sie habe in der Hypnose gesprochen. Jentsch war der eigentliche Macher in den Sitzungen, er ging dort auch immer wie ein Raubvogel umher. — H. A. Dr. Thiele: Kann denn jemand in einem solchen hypnotischen Zustand verfeht werden, der nicht das geringste Mediumistische an sich hat? — Zeuge: 60 bis 80 Proz. aller Leute kann man hypnotisieren. Man kann den Leuten durch die Hypnose Befehle erteilen, die erst nach Stunden realisiert werden. — Rechtsanwalt Dr. Thiele: Sie wären also der Meinung, daß die Nothe erst vor jeder Sitzung hypnotisiert worden ist? — Vors.: Diese Fragen muß ich abbrechen. Die Verteidigung geht darin zu weit. Hier werden nicht Fragen gestellt, sondern Urteile verlangt. — Rechtsanwalt Dr. Schwindt: Ich bin mir nicht bewußt, eine einzige inforrekte Frage gestellt zu haben. — Rechtsanwalt Dr. Thiele: Der Zeuge hat auch Urteile ausgesprochen und ich fühle mich verpflichtet, meine Gegenansicht kund zu thun. — Rechtsanwalt Dr. Schwindt: Der Zeuge ist ja auch Spiritist. Hat er auch Transcendenz gehalten? — Zeuge: Das weiß ich nicht. — Hierauf tritt der Zeuge Dr. med. Langsdorff vor und will darlegen, daß der Zeuge in seinen Beobachtungen und Darlegungen ganz unwillkürlich gewesen sei. Der Vorsitzende läßt ihn aber wieder zurücktreten.

Schließlich wird noch ein Zeuge v. Müdig er vernommen, der versichert, daß bei einer Sitzung, der er beigewohnt, Frau Nothe sehr genau untersucht worden sei.

Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Schwindt wird der Angeklagten noch Gelegenheit gegeben, sich über ihre Entwicklung zum spiritistischen Medium und über die Zeit, bevor sie mit Jentsch in Verbindung getreten ist, zu äußern. Sie erzählt, wie andre Leute sie erst darauf aufmerksam gemacht haben, daß sie ein Medium sei und wie sie, nachdem diese Thatsache bekannt geworden, von allen Seiten gequält worden sei, wie man sie fast gezwungen habe, nach den verschiedensten Orten zu kommen und Sitzungen abzuhalten. Es sei ihr fast zu viel geworden und sie habe unter der Last manchmal gesuht, trotzdem habe sie für ihre Sitzungen und ihre Reisen niemals Geld genommen. Sie habe stets sehr bescheiden gelebt und auch noch für ihre kranke Tochter sorgen müssen. Die Briefe, die sie erhalten, seien immer zahlreicher geworden, die Leute seien so weit gegangen, eine Grobchenmarke beizulegen und, wenn sie diese nicht umgehend zur Antwort benutzte, sie sogar der Unterschlagung zu beschuldigen. Da sei ihr denn ein Helfer in der Person des Jentsch entstanden, der sich in der selbstlosesten Weise ihrer angenommen habe. Jentsch sei ein Mann, der seinen Nächsten gern diene; oft genug habe er auf der Straße sein Portemonnaie in die Hand eines Armen ausgeleert. Sie könne nur sagen, daß Jentsch einer der ehrenhaftesten und edelsten Menschen sei.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung: Freitag 9 1/2 Uhr.

Der 7. Verbandstag des Verbandes deutscher Barbier, Friseur und Perückenmacher.

der vom 24. bis 26. März in Rammheim abgehalten wurde, war von zwölf Delegierten besucht.

Der Bericht des Vorstandes ergab kein besonders erfreuliches Bild, da von einem Fortschritt in den letzten Jahren kaum gesprochen werden kann. Da ein schriftlicher Vorstandsbericht nicht vorlag, auch der mündlich gegebene Bericht keine Auskunft über die an Beiträgen und Beiträgen eingekommenen Summen gab, ist es nicht möglich, hier einen Ueberblick über die Entwicklung des Verbandes zu geben. Soviel aus den mündlichen Mitteilungen des Kassierers zu entnehmen war, betragen die Einnahmen der Hauptkasse im Jahre 1900 2008 M., 1901 4863 M., 1902 5684 M.; die Ausgaben betragen 1701, 4088 und 5354 M. Die Anzahl der Zweigvereine beträgt 33, die ungefähre Anzahl der Mitglieder 500. Die Schulden, die beim Schlusse des vorigen Verbandstages vorhanden waren, sind zum größten Teil abgetragen.

In der Diskussion wurde verlangt, daß künftig regelmäßige Vorstands- und Kassensberichte veröffentlicht werden. Weiterhin kam man auf die Frage der Kontrollkarten zu sprechen. Von verschiedenen Rednern wurde betont, daß die Kontrollkarten wertlos sind; sie hätten Bedeutung zur Zeit eines Streiks, aber nicht bei gewöhnlichen Verhältnissen. Andre Redner führten demgegenüber aus, daß man vielfach und mit Hilfe der Kontrollkarte im Stande gewesen sei, einen Teil der Mitglieder festzuhalten. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt.

Eine längere Debatte entspann sich über die beste Regelung des Arbeitsnachweises. Die Barbier haben gleich den Kellnern mit privaten Stellenvermittlern zu rechnen, die die Vermittlung als ein Geschäft behandeln und die Arbeitslosen in der schlimmsten Weise ausbeuten. In einer Resolution sprach man sich für die Notwendigkeit einer reichsgesetzlichen Regelung des Arbeitsnachweises aus. Man wünschte Anschluß an die kommunalen Arbeitsnachweise, und soweit solche nicht vorhanden sind, die Einführung partieller Nachweise. Die Ortsverwaltungen werden verpflichtet, einen stärkeren Einfluß auf die Arbeitsvermittlung anzustreben.

Von den weiteren Beschlüssen, die zu den Punkten Organisation und Agitation gefaßt wurden, seien folgende erwähnt: Der Vorstand wurde beauftragt, Erhebungen über die Lage im Berufe vorzunehmen. Ferner soll das reichsstatistische Amt ersucht werden, statistische Aufnahmen über die Lage im Barbiergewerbe zu machen.

Der Vorstand wurde ferner beauftragt, eine Denkschrift auszuarbeiten und an Reichstag und Bundesrat zu versenden, worin der Wähler-Adressenbuch sowie die gesetzliche Freigabe der drei

Advertisement for 'Fasten-Zeit' (Fasting Time) featuring various fish products like Cabliau, Schellfisch, and Austerfisch, along with delicatessen like fish milt and sea bass. Includes contact information for Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft 'Nordsee' and a list of agents.